

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 12,00 M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgesaltene Zeile oder deren Raum 3,00 M., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

# Lübecker Volksbote

Nr. 49. Montag, den 27. Februar 1922. 29. Jahrgang.

## Das Ergebnis von Boulogne Genua am 10. April.

III. Paris, den 26. Februar.

Poincare ist gestern morgen um 8.40 Uhr in Boulogne angekommen, wo auch Lloyd George um 2.45 Uhr zu der Besprechung eintraf. Am Ende der Konferenz wurde ein Communiqué fertiggestellt und den englischen Journalisten vorgelesen. Danach wurde in einer mehr als drei Stunden langen Unterhaltung in dem Geiste größter Herzlichkeit eine gewisse Zahl von Problemen besprochen, die augenblicklich vor den Verbündeten stehen. Die beiden Premierminister haben sich besonders mit der Konferenz von Genua beschäftigt und sind vollständig über die politischen Garantien übereingekommen, damit weder den Prärogativen des Völkerbundes, noch den mit Frankreich geschlossenen Verträgen, noch den Rechten der Verbündeten auf Wiedergutmachung Abbruch geschieht. Die Sachverständigen werden in London innerhalb kurzer Zeit zusammentreten, um die wirtschaftlichen und technischen Fragen zu prüfen. Die italienische Regierung wird gebeten werden, die Konferenz von Genua zum 10. April einzuberufen.

Nach der Abreise Poincares hat Lloyd George die englischen Journalisten empfangen und teilte mit, er sei mit Poincare dahin übereingekommen, sofort nach der Neubildung des italienischen Kabinetts eine Konferenz zwischen England, Frankreich und Italien einzuberufen, um die Fragen des nahen Ostens zu regeln.

III. Paris, den 27. Februar.

„Petit Journal“ berichtet über die Boulogner Besprechung folgendes:  
Die beiden Premierminister haben sich auf folgende drei Punkte vollständig geeinigt:

1. Die Friedensverträge, die in Frankreich unterzeichnet wurden, werden nicht mehr zur Diskussion gestellt.
2. Die Fragen der Wiedergutmachung werden von der Konferenz nicht aufgeworfen.
3. Der Völkerbund wird der Konferenz von Genua beigeordnet in dem Sinne, daß die Fragen, die ihm besonders angehen und mit denen er sich bereits früher beschäftigt hat, ihm zur weiteren Behandlung überlassen bleiben. Diese bezieht sich besonders auf die Fragen der Abrüstung.

Ferner ist man dahin übereingekommen, daß die Teilnahme der Sowjets nicht die Anerkennung der russischen Regierung einschließt. Jeder Staat werde hierin seine Handlungsfreiheit behalten. Betreffend die russischen Schulden werde die Frage der russischen Kriegsschulden außer Betracht bleiben. Die Verpflichtung, die die europäischen Nationen übernehmen werden, sich jeden gegenseitigen Angriffes zu enthalten, bedeutet nicht, daß die Verbündeten auf künftige eventuelle Sanktionen gegen Deutschland und auf die Beibehaltung der augenblicklich in Kraft befindlichen verzichten wollen. Lloyd George habe darauf gedrängt, daß Poincare sich persönlich nach Genua begeben soll. Poincare schien geneigt, sich persönlich nach Genua zu begeben, wenn auch nicht für die ganze Zeit der Anwesenheit Lloyd Georges. Es scheint, daß auch die Verständigung über das englisch-französische Abkommen jetzt als erreicht angesehen werden kann. Mit Bezug auf die Reparationsfrage kam man dahin überein, daß man mit dem Beginn der Unterhandlungen nicht auf Italien warten wolle, falls die italienische Krise noch lange Zeit zur Erledigung brauche.

## Poincare und Lloyd George.

Dr. L. Lübeck, 27. Februar.

In Boulogne trafen sich Sonnabend die zwei mächtigsten Männer Europas. In den Salons der dortigen Unterprefektur saßen Lloyd George und Poincare an einem Tisch, um in traulichem Zwiegespräch die vielen Wolken zu zerstreuen, die seit Wochen die Sonne der englisch-französischen Freundschaft so unliebsam verdunkeln. Große Mühe hatte sich die Pariser Presse vor der Konferenz gegeben, die ganzen Mißverständnisse zwischen London und Paris als wenig wesentlich hinzustellen; „die beiden Ministerpräsidenten werden in kürzester Zeit völlige Einmütigkeit erzielt haben“, so hatten „Echo de Paris“ und der „Matin“ es prophezeit. Die internationale Isolierung juckt doch allmählich etwas auf dem französischen Fell.

Jetzt liegt das Ergebnis vor. Zwar wird bei internationalen Konferenzen immer „Einmütigkeit“ erzielt; wenigstens nach außen. Aber in Boulogne scheinen sich die beiden Parteien doch schneller und besser geeinigt zu haben, als es in den letzten Monaten zwischen Frankreich und England im allgemeinen der Fall war. Auch die Terminsetzung für die Genueser Konferenz ist ein günstiges Zeichen für das Resultat von Boulogne. Man wird sagen können, daß die Einigung deshalb so schnell zustande kam, weil beide, Lloyd George und Poincare, von vornherein zu einer gewissen Nachgiebigkeit bereit waren, nur um ein möglichst gutes Einvernehmen herzustellen. Man kam also zu einem Kompromiß.

Aus guten Gründen. Poincare muß die fortschreitende Isolierung Frankreichs in der ganzen Welt mehr als alles andere fürchten; nur die Freundschaft Englands kann es davon bewahren. Lloyd George aber hat im englischen Volk nicht mehr den absolut sicheren Boden unter den Füßen wie noch vor wenigen Monaten. Die beiden Parteien, die ihn tragen, Konservativ und Koalitionsliberal, entzweiten sich seit der Gründung einer besonderen koalitionsliberalen Organisation täglich mehr. Besonders seitdem Lloyd George den Zankapfel der Neuwahlen — kurz vor Cannes — in das Volk geworfen hat, arbeiten die Parteimaschinen der beiden Regierungsparteien mit allen Mitteln gegeneinander. Das färbt naturgemäß auch auf die Haltung der Führer ab. Offenbar war also die damalige verfrühte Wahlparole Lloyd Georges ein Fehler. Der englische Ministerpräsident war sich seines Erfolges in Cannes so sicher gewesen, daß er damit einen günstigen Wahlkampf einzuleiten gedachte. Aber Poincare und Millerand stürzten Briand, und Lloyd George mußte sich mit einem halben Erfolg begnügen. Zu einer Wahlparole reichte das aber nicht aus; die Neuwahlen wurden also wieder abgesetzt. Jedoch waren die Geister bereits entzweit, und es knistert infolgedessen fortwährend im Gebälk der englischen Regierungskoalition. Langes Hin und Her in den Verhandlungen über die Wiedergutmachung könnte eines Tages den Krach herbeiführen. Diesem muß Lloyd George zuvorkommen; er braucht möglichst bald einen politischen Erfolg, um dann Neuwahlen auszuschreiben. Diesen Erfolg verspricht ihm Genua. Um diese Konferenz, von deren Ausgang das eigene Schicksal wahrscheinlich mitbestimmt wird, möglichst bald zu bekommen, hat Lloyd George in manchen Fragen Zugeständnisse gemacht, die noch vor kurzer Zeit jedermann für unmöglich gehalten hätte. Die Konferenz wurde auf den 10. April festgesetzt, und Poincare hat den Erfolg, daß dort über den Inhalt der Friedensverträge selbst nicht gesprochen werden darf; nur deren sachgemäße Ausführung soll erörtert werden. Hat also auch der französische Ministerpräsident seinen „Sieg“; er braucht ihn wie das tägliche Brot, denn schon erhebt sich auch gegen ihn die nationalistische Opposition.

So kann man sagen, daß in Boulogne beide gesiegt haben; oder keiner. Sowohl Lloyd George als auch Poincare brauchten einen kleinen Theatercoup, um innerpolitisch Luft schöpfen zu können. Die Entscheidung selbst wird erst in

## Die internationale Sozialistenkonferenz.

Frankfurt a. M., 25. Februar. (Drahtbericht.)

Die Sitzung der beiden Exekutivkomitees am Freitag wurde auch, wie die erste Sitzung der Fünfländerkonferenz am Sonnabend für streng vertraulich erklärt. Auch die Pressevertreter der Delegationen wurden verpflichtet, keine Berichte an die Zeitungen zu geben. Es wird ein offizielles Communiqué über die Sitzung herausgegeben werden. Alle etwaigen anderen Meldungen können also nur auf Vermutungen beruhen und keine Tatsachen als Unterlagen haben. Die heutige Sitzung war von ungefähr 50 Genossen und Genossinnen aus England, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich und Deutschland besucht. Italien scheint bisher noch nicht eingetroffen zu sein.

Der sozialdemokratische Parlamentsdienst verbreitet über die am Sonnabend begonnene internationale sozialistische Konferenz folgenden offiziellen Bericht: „Die internationale sozialistische Konferenz wurde am Sonnabend im Rathaus zu Frankfurt eröffnet. Zu Vorsitzenden wurden berufen: Faure, Sekretär der französischen sozialistischen Partei, und Genossen Walhead (England), Thomas (England) und Wandervelde (Belgien). Ihnen zur Seite stehen: als Delegierte:

- von England: Ben Tilled, A. Purcell, Jowett Shaw, englische Arbeiterpartei, Gillies, Sekretär, Walhead und Johnson, Unabhängige Arbeiterpartei;
- von Frankreich: Leon Blum, Aurich, Grumbach, Braque, Renaudel, Estrad;
- von Deutschland: Adolf Braun, Hildenbrand, Wels, Stämpfer für die sozialdemokratische Partei; Bernstein, Hue, Sölkemann, Silberstein und Vogel für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion; für die Unabhängige sozialistische Partei: Breitscheid, Dittmann, Dittmann, Hilferding, Crippien, Ledebour, Rosenfeld, Mathilde Wurm; ferner von der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft: Paul Levi und Geyer;
- von Belgien: Anseele, Dejardin, Huhin, Bondas, Hunsmans, de Wans, Koffbroed.

Zunächst wird beschlossen, daß die Verhandlungen feiner zentraler Charakter haben und daß die Presse nicht zugelassen werden soll. Der sozialistischen Presse wird das Komitee der Konferenz einen offiziellen Bericht übergeben.

Von der französischen Kommission wird der Konferenz ein Exposé über die Reparations- und Entnazungsfrage vorgelegt. Die Konferenz beschließt, daß zunächst die ein-

zelnen Delegationen zur Prüfung dieses Exposes zusammentreten und ferner noch zu bestimmende Kommissionen die Beratungen übernehmen sollen. Nachdem die Paris bestimmte Kommission durch die Zuwahl deutscher Vertreter (2 Vertreter der sozialdemokratischen Partei und 2 Vertreter der Unabhängigen) ergänzt ist, wird die Sitzung bis um 5 Uhr nachmittags vertagt, um der französischen Delegation die Möglichkeit zu geben, eine Zusammenfassung der Resolution vorzubereiten. Außer den offiziellen Delegierten der beratenden Parteien wohnen der Konferenz als Gäste bei: die Genossen Friedrich Adler (Sozialdemokratie Österreichs), Anders (Dänemark), Schreiber (linkssozialistisch-revolutionäre Partei Russlands), Grimm (sozialdemokratische Partei der Schweiz), Fliegen (sozialdemokratische Partei Hollands).

Am späten Abend, von der Konferenz lebhaft begrüßt, trifft Genosse Serrati aus Italien ein. Die späten Abendstunden des Sonnabend wurden mit Sitzungen der Kommissionen ausgefüllt. Am Sonntag vormittag und nachmittag werden zunächst die Kommissionen tagen. Erst gegen Abend ist eine weitere Plenarsitzung vorgesehen. Die Verhandlungen wurden auch am Sonnabend in kameradschaftlicher und freundschaftlicher Weise geführt.

## Wieder Flugzeugindustrie?

„Esterope“ meldet aus Paris: Die Kommission für Luftschiffahrtkontrolle in Deutschland erkennt an, daß sich die Durchsührung der Versailler Bestimmungen über die deutsche Luftschiffahrt ihrem Ende nähere. Eine Entscheidung der Botschafterkonferenz zufolge wird die Erzeugung und die Einfuhr von Zivilluftschiffahrtzeugen in Deutschland am 5. Mai 1922 wieder beginnen können. Doch kann gegenwärtig keinerlei Mitteilung über die Bedingungen gemacht werden, unter denen nach Aufhebung der Luftschiffahrtkontrolle eine Ueberwachung der deutschen Luftschiffahrt stattfinden werde. Bei diesen Verhandlungen bemühe sich die französische Regierung, eine wirksame Ueberwachung der deutschen Luftschiffahrt zu erreichen.

(E.P.) Paris, 24. Februar.

Der „Temps“ schreibt: Die Kommission der Luftschiffahrtkontrolle hat in Uebereinstimmung mit der Botschafterkonferenz und der deutschen Regierung mitgeteilt, daß die Einfuhr von zivilen Luftschiffen vom 5. Mai 1922 an wieder beginnen dürfe.

Genna fallen, und dann wird man weder von Siegern noch Besiegten sprechen können. Die Unterscheidung wird dort anders zu machen sein: Vernünftige, die aus der zwangsläufigen Wirtschaftsentwicklung gelernt haben, und Unvernünftige, die nichts gelernt haben und auch nicht bereit sind, es zu tun.

### Das italienische Kabinett gebildet.

Endlich ist es der italienischen Kammer gelungen, ein neues Kabinett zusammenzustellen. De Lacia ist Ministerpräsident; Senator Schanger, der Vertreter Italiens auf der Washingtoner Konferenz, übernimmt das Ministerium des Aeußern.

### Europas neuer Militarismus.

Im englischen Unterhaus fragte Lord Newton, ob der Oberste Rat noch immer auf der Bildung von Freiwilligenheeren in Bulgarien und Ungarn bestehe, trotz der damit verbundenen hohen Kosten und trotz der Schwierigkeiten, Rekruten anzuzuworben. Obgleich der Oberste Rat die Notwendigkeit der Herabsetzung der Rüstungen betone, sei heute, drei Jahre nach dem Kriege, mehr Militär in Europa unter Waffen, als vor dem Kriege. Die einzigen Alliierten, die abgerüstet hätten, seien England und bis zu einem gewissen Grade Italien. Die einzigen Länder, wo die Entwaffnung in Kraft gesetzt wurde, seien die beiden kleinen Nationen Bulgarien und Ungarn. Es sei lächerlich, anzunehmen, daß diese Länder eine Gefahr für irgend ein Land bilden könnten. Sie seien beide umzingelt von feindlichen Nationen, die drei- oder viermal so groß seien und Heere besäßen, die zwanzigmal so stark seien. Curzon erwiderte, die Frage sei im Augenblick in der Hand der Bolschewistenkonferenz, die die Unterzeichnung und Ratifizierung der Verträge zur Durchführung bringen müsse. Der Zweck dieser Verträge sei, die Gefahr großer stehender Heere in Europa zu beseitigen und dem Geist des Militarismus in den großen wie in den kleinen Ländern ein Ende zu machen.

### Die Erzberger-Mörder unter Horthy-Schutz.

#### Das deutsche Auslieferungsgesuch abgelehnt.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt: Schon mehrfach hat die Öffentlichkeit zu der Verfolgung der Erzberger-Mörder Stellung genommen, ohne daß man bisher genau weiß, ob die Mordbuben Schulz und Tillesen tatsächlich in Ungarn Unterschlupf gefunden haben oder nicht. Rumor verlautete, daß die Mörder sich in Ungarn aufhielten, als auch schon die ungarische Regierung ihren Presseapparat in Bewegung setzte und Dementis des Inhalts in alle Welt hinausjagte, daß man von der Anwesenheit der Mordbuben nicht unterrichtet sei. Die ungarische Regierung stellte diese Behauptung wider besseres Wissen auf, Tatsache ist, daß sich Schulz und Tillesen monatelang in Budapest aufhielten und dort, reichlich mit Geldmitteln versehen, in den vornehmsten Bordells ein- und ausgingen. Aber nicht nur das: Die ungarische Regierung hatte sogar die beiden Täter in Haft genommen, sie entlassen, aber kurze Zeit darauf trotz des Auslieferungsgesuchens der deutschen Regierung unter Aushandigung der abgenommenen Waffen wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Ablehnung des Auslieferungsgesuchens wurde mit der leeren Phrase begründet, daß Deutschland den Anträgen auf Auslieferung auch nicht mehr nachkomme und erst im vergangenen Jahre die Auslieferung des Tilla-Mörders, der bekanntlich in Hamburg verhaftet wurde, abgelehnt habe. Statt dessen aber wurde den deutschen Polizeibeamten, die sich in Budapest aufhielten und die Mörder verfolgten, sie aufdeckten und selbst die Verhaftung durch die Polizei in Budapest veranlaßten — weder Horthy noch die Polizei in Budapest hatten sich bis dahin verpflichtet gesehen, zu einer Verhaftung zu schreiten — klargemacht, daß sie jetzt in Budapest nichts mehr zu tun hätten und den Heimweg antreten sollten.

Das sind die nackten Tatsachen, die bestehen bleiben, trotz aller Ablenkungsversuche von ungarischer Seite — Tatsachen, die sich ereigneten in einem Lande der angeblichen „Ordnung“, die für die deutschen Rechtsparteien maßgebend ist.

### Brotgetreidewucher.

Die Telegraphenunion, die sich bekanntlich im Besitz reaktionärer Politiker befindet, meldet aus Catin:

Einen Ausblick auf die künftigen Brotpreise gewährt die Tatsache, daß in Holslein einheimische Händler des Brotgetreide der kommenden Ernte für 1800 Mk. pro Doppelzentner anwarfen. Ein Händler aus dem Rheinland zahlte 2200 Mk. für den Doppelzentner. Der Marktpreis wird sich bei 1800 Mk. auf 50 Mark für das 1900-Gramm-Brot und bei 2200 Mk. auf 60 Mark stellen.

Wichtige Meldungen sind uns bereits aus verschiedenen anderen Landesteilen zugegangen. Es scheint also, daß jetzt schon in rücksichtsloser Spekulation die Ernte des noch nicht ausgefäeten Getreides zu Preisen angekauft wird, die das einmahl- bis zweifache der gegenwärtigen Marktpreise betragen. Aber es wird nicht nur aufgekauft, es wird auch verkauft. Die Herren Agrarier, die sich unter den Schutz des freien Handels begeben haben, werden hoffentlich auch das Rezept dagegen kennen, das diese wahnsinnige Frennung aufhält. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob Agrarier und Händler in pillem Einverständnis handeln, wenn sie die Preise auf die unerhörte Höhe bringen in dem Vertrauen, daß die letzten Fehlsche des Anlagerungsverfahrens bei Beginn der nächsten Ernte fallen.

Angesichts dieser trostlosen Zustände, die weite Kreise des Volkes dem Hunger überantworten müssen, richten wir an den Reichsernährungsminister die Anfrage, was das Reich bisher dagegen getan hat, um dem heimatungslosen Hunger zu steuern! Es genügt nicht, wenn das Volk wieder mit Rebenarten abgepeißt wird. Bisher hat das Reichsernährungsministerium eine klare Stellungnahme dazu verweigert lassen, ob die gänzlich freie Wirtschaft auch für Brotgetreide eingeführt werden soll oder nicht. Es ist hohe Zeit, daß das Volk erfährt, womit es zu rechnen hat. Es ist aber auch hohe Zeit, daß dem Treiben der Agrarier und Händler ein Widerstand entgegengeleitet wird. Sehr wichtig wäre es schon zu wissen, ob die Reichsregierung jetzt, wo die unabhängigen Getreidepreise über an den Weltmarktpreisen

liegen, genügend Vorräte anhammelt, um im Falle einer späteren Preissteigerung den Markt durch Verkäufe beizuführen und die Spekulation der Händler zunichte machen zu können.

### Die Vermögenszuwachssteuer.

Der Steuerauschuß des Reichstages erledigte vergangene Woche in zweiter Lesung das Vermögenszuwachssteuergesetz. Die Unabhängigen stellten den Antrag, die Regierungsvorlage in ihrer alten Fassung wiederherzustellen, ferner, daß der Vermögenszuwachs nicht erstmalig vom 1. Januar 1923 bis 31. Dezember 1925, sondern vom 1. Januar 1920 bis 31. Dezember 1922 ermittelt werden soll. Diese Anträge werden abgelehnt, nachdem Staatssekretär Japp die Vorverlegung des Ermittlungstermins als technisch undurchführbar bezeichnet hatte.

Im § 19 wurde die Bestimmung getroffen, daß für jeden Veranlagungszeitraum 100 000 Mk. Vermögenszuwachs steuerfrei bleiben sollen. Ebenso wird die Steuerbegünstigung für Familienmitglieder wieder beseitigt. Dagegen wehrten sich begreiflicherweise die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und der kapitalistische Interessentenvertreter Fischer (Köln), der eine besondere Zierde der Deutschen Demokraten ist. Der Tarif wird in Verschärfung der Beschlüsse der ersten Lesung dahin abgeändert, daß die Steuer beträgt:

für die ersten angefangenen oder vollen 200 000 Mk. des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses	1 v. H.
für die nächsten angefangenen oder vollen 200 000 Mk.	2 v. H.
„ „ „ „ „ 300 000 Mk.	3 v. H.
„ „ „ „ „ 300 000 Mk.	4 v. H.
„ „ „ „ „ 1 000 000 Mk.	5 v. H.
„ „ „ „ „ 1 000 000 Mk.	6 v. H.
„ „ „ „ „ 1 000 000 Mk.	7 v. H.
„ „ „ „ „ 1 000 000 Mk.	8 v. H.
„ „ „ „ „ 1 000 000 Mk.	9 v. H.

für die weiteren Beträge 10 v. H. Ein Vermögenszuwachs, der länger als 12 Jahre zurückliegt, bleibt außer Ansatz.

Selbstverständlich liefern auch gegen diese Verbesserung die Deutschnationalen Sturm.

Bei der zweiten Lesung der

#### Körperschaftsteuer

wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage abgelehnt. Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge auf Begünstigung der städtischen Sparkassen und gemeinnützigen Bankinstitute wird im § 2 Abs. 2a bestimmt, daß von der Steuer u. a. befreit sind: die Reichsbank, die Reichsdarlehnskassen, die Staatsbanken, die öffentlichen oder dem öffentlichen Verkehr dienenden Sparkassen sowie die von Körperschaften des öffentlichen Rechts gegründeten und geleiteten gemeinnützigen Kreditanstalten. Außerdem wird folgender Absatz eingefügt: „Die in ihrer Hauptbestimmung als Zentralen der Genossenschaften wirkenden Genossenschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Aktiengesellschaften, deren Geschäftsbetrieb sich auf den Kreis der Mitglieder beschränkt, sofern sie jahresgemäß nicht mehr als 5 v. H. jährlichen Ertrag verteilen dürfen, bei Auslösung oder Ausscheiden eines Gesellschafters nichts mehr als die eingezahlten Anteile zurückgewährt wird, und im Falle der Auslösung der Ueberschuß für gemeinnützige Zwecke zu verwenden ist.“

Ein Antrag der Rechten will die Körperschaftsteuer auf das steuerbare Einkommen angerechnet wissen. Der Antrag wurde abgelehnt, nachdem die Sozialdemokraten gefordert hatten, daß dann auch die Lohn- und Gehaltsempfänger das Recht haben müssen, die zu zahlende Steuer von ihrem steuerbaren Einkommen abzuziehen.

### Rautsky über Koalitionspolitik.

In der „Freiheit“ vom Sonnabend wird ein Kapitel aus einem in Arbeit befindlichen Buche Karl Rautsky über politische Streitfragen veröffentlicht. Die Redaktion bemerkt dazu, sie stelle Rautskys Ausführungen „zur Diskussion“. Ohne diesen Vorbehalt hat Hüfeland jedenfalls nicht gesagt, den Artikel zu bringen, der eine vernünftige Kritik der USP-Politik enthält. Rautsky gibt darin eine Verteidigung sozialdemokratischer Koalitionspolitik, wie sie besser nicht sein kann. Nachdem er in längeren Ausführungen nachgewiesen hat, daß eine rein sozialistische Regierung heute noch ein Ding der Unmöglichkeit sei, daß diese Erkenntnis nur dazu führen könne, die Einigkeit des Proletariats zu betreiben und dadurch eine Kraft zu vergrößern, schlägt er mit folgendem Urteil:

„In ihrem berühmten Artikel „Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms“ sagt Marx:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Dem entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Dieses Satz können wir heute auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre für die Frage der Regierung dahin variieren, daß wir sagen:

„Zwischen der Zeit des rein bürgerlich und des rein proletarisch regierten demokratischen Staates liegt eine Periode der Umwandlung des einen in den anderen. Dem entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Regierung in der Regel eine Form der Koalitionsregierung haben wird.“

Das wird überall dort gelten, wo sich die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat auf dem Wege der Demokratie vollzieht, und das ist nach dem Zusammenbruch der großen Militärmonarchien der normale Weg dafür. Wer heute noch die Koalitionspolitik grundsätzlich verwirft, der ist blind für die Zeichen der Zeit. Der ist unfähig, ihren Aufgaben gerecht zu werden.“

### Die Novelle zum Wohnungsabgabegesetz.

Die kürzlich vom Reichstag angenommen worden ist, soll den Bau neuer Wohnungen im Jahre 1922 ermöglicht werden. Bekanntlich ist man im Wohnungsweien — auch aus außerpolitischen Gründen — vom Aufwand öffentlicher Mittel zur organisierten Selbsthilfe übergegangen. Aus dem Wohnungsweien selbst heraus sollen die Mittel für Neubauten beschafft werden. Wer wohnt — und im Vergleich zu den anderen Lebensbedingungen noch billig wohnt — soll dazu beitragen, daß auch diejenigen allmählich Neubauten erhalten, die für jetzt noch entstehen müssen. In diesem Zweck erhöht die Novelle vom 1. April 1922 ab die durch das Reichsgesetz vom 26. Juni 1921 eingeführte Abgabe von 10 v. H. des Mietwertes der vor dem 1. Juli 1918 fertig gestellten Gebäude aller Art auf 20 v. H. des Mietwertes.

Die Abgabe soll je zur Hälfte den Ländern und der Gemeinde (Gemeindedörfern) zufallen, die Erträge werden teils unmittelbar zur Hergabe von Baukostenbeiträgen teils zur Verzinsung und Tilgung solcher Anleihen verwendet, welche Länder und Gemeinden zur Förderung des Wohnungsbaues aufnehmen. Solcher Anleihen sind für 1922 bislang von den Landesversicherungsanstalten den ihnen gleichgestellten Sonderanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zugefagt. Zur Schöpfung der Kleinrentner und Sozialrentner wird vorgesehen, daß Personen, deren Einkommen vorwiegend oder hauptsächlich aus den Pensionen, Renten oder Kapitalzinsen besteht, von der Abgabe befreit bleiben, wenn ihr Einkommen 20 000 Mark (bisher 10 000 Mark) nicht übersteigt. Eine Befreiung ist ferner zugelassen, wenn die Abgabe wegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit oder aus sonstigen Gründen eine besondere Härte bedeuten würde. — Es ist erfreulich, daß damit dem Wohnungsbau für das Jahr 1922 die Wege geebnet worden sind und daß dies so früh im Jahr geschehen ist, daß Bauwillige und Bauhandwerker ihre Vorbereitungen noch rechtzeitig treffen können.

### Das Koalitionsrecht der Polizeibeamten.

Der preussische Minister des Innern hat eine längere Verfügung erlassen, die Bezug nimmt auf die Koalitionsfreiheit der Polizeibeamten. In der Verfügung heißt es u. a., daß das den Polizeibeamten zustehende Recht der Koalitionsfreiheit, Beamtenverbände zu bilden, sich in einer Weise auswirkt, die dem Ansehen der Polizei bei der Bevölkerung, der Beamtenschaft, der Kameradschaft innerhalb der Beamtenschaft und damit der Erfüllung der ohnehin schon schwierigen polizeilichen Aufgaben abträglich ist. Da sich diese Gefahr seit der Spaltung der Organisationen, die zu einem gewissen Konkurrenzkampf führte, besonders herausgebildet hat, erachtete der Minister die Herausgabe von Richtlinien über die Koalitionsfreiheit für unbedingt notwendig. Diese Richtlinien befehlen u. a., daß das von der Reichsverfassung gewährte Koalitionsrecht von allen Dienststellen und allen Vorgesetzten unbedingt zu achten ist. Jede grundsätzliche Bekämpfung der Verbände als solche, namentlich jede Politik der Nadelstiche, wird für durchaus unstatthaft erklärt. Dagegen bleibt das Verbot der parteipolitischen Betätigung der Schutzpolizeibeamten im Dienste, in den Unterkunftsräumen usw. aufrechterhalten. Der Minister verlangt dann weiter von allen vorgeordneten Behörden gegenüber den Verbänden strengste Neutralität und erklärt jeden Druck der Vorgesetzten auf die Beamten, diesem oder jenem Verbands beizutreten, für unstatthaft. In Anordnungen und Eingaben der Beamtenverbände, die allgemeine Interessen der Schutzpolizeiverbände vertreten, sollen sachgemäß geprüft werden. In dieser Hinsicht wird ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit den Verbänden empfohlen. Eingaben der Verbände in ungebührlicher Form sollen unter entsprechender Veröffentlichung zurückgegeben werden.

Zum Schluß der Verfügung spricht der Minister die Erwartung aus, daß die Betätigung der Beamtenschaft in Bezug auf die Koalitionsfreiheit derart ist, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Beamten in jeder Hinsicht gewahrt bleibt und somit die polizeilichen Aufgaben nicht beeinträchtigt werden.

### Wolft und Dittmar in Schweden?

Swinemünde, 27. Februar. Die „Swinemünder Ostwaht“ schreibt unterm 26. Februar: Während des Eisenbahnerstreiks erühre ich, daß die beiden fleckbrieffähig verfolgten Offiziere Wolft und Dittmar sich in Swinemünde aufhalten, um mit einem hier im Hafen liegenden ausländischen Dampfer nach Schweden zu gelangen. Das Schiff hat den hiesigen Hafen verlassen dürfen entgegen ausdrücklicher Anordnung der Schiffsdirektion.

### Der Münchner Gumpf.

München, 25. Februar. (Fig. Draht.)

Die Münchener bürgerlichen Blätter behaupten neben zahlreichen Klagen über die Verletzung der bayerischen Justizhoheit — daß die habdliche Polizei ohne ein Ergebnis ihrer Untersuchung wieder abgereist ist. Wir können jedoch mit dem kurzen Besuch der habdlichen Polizei je zufrieden sein. Bis jetzt ist folgendes festgestellt: Der Rechtsanwalt Adolf Müller, der seine Praxis wegen völliger Inanspruchnahme durch die Politik nicht mehr ausüben konnte, und der der Begünstigung der Erzberger-Mörder bereits überführt ist, war im vorigen Jahr als Vertrauensmann der Einwohnerwehr, und zwar im Auftrage des Herrn v. Raht in Berlin, um mit der Reichsregierung wegen der Verweigerung der Wasserabgabe zu verhandeln. Müller ist der Gehilfe des viel genannten Dr. Pittinger. Als weitere beauftragte politische Agenten wurden ein Major a. D. Schmidt und ein gewisser Schanz in Regensburg festgesetzt.

Die Pittingerische Verschönerhande, bestehend aus 13 Personen, wurde in der Nacht vom 23. zum 24. Februar im Hause Pittingers überumpelt und nicht ohne Widerstand aus dem Schlupfwinkel und Verstecken gezogen, in die sich ihre Mitglieder unruhiglicher Weise auf ein Alarmglocke hin vertrocknet hatten. Unter den Festgenommenen befand sich auch ein Vertrauensmann des Herrn v. Raht und des Herrn Pöchner, ein Regierungsrat Graf v. Spee. Bei Herrn von Pöchner wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen, die natürlich ergebnislos verlief. Neuerdings wird auch der Führer der bayerischen Volkspartei, Dr. Heim, und der Reichswehrgeneral Epp in Zusammenhang mit der Organisation Pittinger-Oberland gebracht. Der häufige Streit innerhalb dieser Organisation hat übrigens zu einer Quellschneidung zwischen Hauptmann Römer und Oberst Lenz sowie zu einer Privatklage des Dr. Bartels geführt. Der flüchtige Oberlandeshauptmann Desterreicher ist ebenfalls in diese Geschichten verwickelt.

In der Landesvertratskammer Pittinger fand am Sonnabend die erste Zeugenernehmung statt.

### Die „Herren“.

Magdeburg, 24. Februar.

Die reaktionäre Presse beschimpft wieder einmal den preussischen Minister des Innern, Severing, weil er den Major der Schutzpolizei in Halle, Gartner, vom Dienst suspendiert hat und ergänzt ihre Beschimpfungen mit gänzlich unwarharen Behauptungen. Es erscheint deshalb angebracht, festzustellen, warum der genannte Major vom Dienst suspendiert wurde. Folgender Bericht, der uns aus Halle zueht und der sich auf einen Vorfall in der Nacht vom 18. zum 19. Februar bezieht, gibt über die Gründe der Suspendierung Aufklärung: Nachts um 1/2 12 Uhr traf ein Polizeibeamter in einem Wirtshaus 15 Offiziere der Schutzpolizei darunter den Major Gartner bei einem Trinkgelage an. Der Beamte ließ den Major durch einen Kellner rufen. Er legitimierte sich, worauf ihm der Major die Dienstmarke entriß, ihn beschimpfte, von der Dummheit der blauen Polizei sprach und schließlich wurde dem Beamten gedroht, man werde ihn die Treppe hinunter werfen. Nach langen Auseinandersetzungen forderte der Major Gartner die anderen Jester auf, das Kiltperd steigen zu lassen und mit ihm in die Kaserne zu

folgen. Beim Abzug bekam der Beamte noch mancherlei Liebenswürdigkeiten zu hören. Wegen dieses ganz unqualifizierten Benehmens ist der Major einseitig beurlaubt worden und nicht wegen des Zusammenstoßes mit dem Stadtrat Bölsch, worüber eine Untersuchung erst eingeleitet ist.

Es gehört wirklich deutsch-nationale Moral dazu, die durch vorstehende Gründe voll und ganz gerechtfertigte Entlassung mit Beschimpfungen des Ministers Severing zu begegnen.

## Das Schicksal der Oldenburger Galerie.

Aus Rürstingen wird uns geschrieben:  
Wie erinnerlich, hatte der frühere Großherzog von Oldenburg vor zwei Jahren die wertvollsten Gemälde der berühmten Oldenburger Galerie nach Holland bringen und dann später dort verkaufen lassen. Die Presse hat sich im Laufe der Zeit mehrfach mit der Angelegenheit befaßt. Jetzt ist zwischen dem ehemaligen Großherzog und der gegenwärtigen Regierung ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach der Oldenburgische Staat die noch in Oldenburg vorhandenen 236 Bilder zu einem Gesamtpreise von 954 000 Mark übernimmt. Das ist eine verhältnismäßig niedrige Summe, doch darf nicht übersehen werden, daß diejenigen Gemälde, die den Stolz der Sammlung ausmachen, eben durch die Geschäftstätigkeit des Großherzogs rechtzeitig aus dem Lande gebracht wurden und also für Oldenburg, wie für Deutschland überhaupt, wohl für immer verloren sind. Zumal noch eine Regierungserklärung belagt, daß die Bilder bereits einige Wochen vor Erlass des Schenkgesetzes ausgeführt wurden. Der zuständige Landtagsausschuß hat am Donnerstag dem Verträge zugestimmt und die erforderliche Summe bewilligt.

## Verkauf des „Freiheit“-Inventars.

Nachdem die Berliner Druckerei G. m. b. H., Eigentum der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, bereits vor einiger Zeit ihr Grundstück Breite Straße an eine Bank verkauft hat, erfährt jetzt das „B. L.“ aus angeblich sicherer Quelle, daß auch die gesamten Druckereianlagen (ausschließlich der Firma und der Zeitung) an die Buchdruckerei Ernst Eißack Erben für 8 Millionen Mark verkauft werden sollen. Die „Freiheit“ wird danach künftig nicht mehr im eigenen Betrieb gedruckt werden, sondern ihre Herstellung soll an eine Berliner Firma vergeben werden.

Wir können dazu folgendes mitteilen: Das Druckerei-Unternehmen der U.S.P. wurde geschaffen, als diese Partei auf ihrem Höhepunkte stand. Bei der Abmessung der Einrichtungen ging man dabei von der Erwartung weiteren Wachstums, mindestens aber einer gleichbleibenden Stärke der Partei aus. Mit der Hallenser Spaltung trat jedoch eine so starke Verkleinerung der Partei ein, daß sie für das Unternehmen keine tragfähige Grundlage mehr bot. Infolgedessen arbeitete dieses, was öffentliches Geheimnis war, mit starken Unterbilanzen, die nun zur Aufgabe des Gesamtunternehmens geführt haben.

Am Mittwoch tritt in Berlin eine Reichskonferenz der U.S.P. zusammen. Ueber ihren Zweck gehen die Behauptungen auseinander. Das Frankfurter Parteiblatt der Unabhängigen hatte die Meldung verbreitet, daß die Konferenz der Auseinandersetzung mit dem rechten Flügel dienen sollte, der sich bei dem Vertrauensvotum für Wirth der Stimme enthalten hat. Die „Freiheit“ demontiert diese Meldung und erklärt, daß über die Aufnahme der Gruppe Levi (Kommunistische Arbeitsgemeinschaft) entschieden werden sollte.

## Gewerkschaften und Sachleistungen.

Das „Korrespondenzblatt“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes schreibt in seiner heute erschienenen Nummer:

Der Aufbau der von der deutschen Regierung für die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen vorgeschlagenen Organisationen kommt nicht von der Stelle. Minister Dr. Rathenau hatte die Bildung eines großen deutschen Lieferverbandes vorgeschlagen. Dieser sollte als großer Selbstverwaltungskörper, in dem auch die Gewerkschaften Sitz und Stimme haben, die vom Ausland eingehenden, auf den Friedensvertrag beruhenden Sachleistungsaufträge auf die zu bildenden Leistungsverbände verteilen. Die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften verlangten, als die Interessensvertretungen der deutschen Arbeitnehmer, an diesen Organisationen in weitestem Maße beteiligt zu sein. Ueber den Umfang dieser Beteiligung und über die Art der zu bildenden Leistungsverbände, ob diese vorwiegend sachlich oder nach Ländern gegliedert sein sollten, und endlich über die Hauptfrage, nämlich, wie sich bei diesen Lieferungen die Bildung eines unangemessenen hohen Unternehmer- und Spekulationsgewinnes vermeiden lasse, sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Es ist vor allem die deutsche Großindustrie, die sehr entschieden eine Nachprüfung ihrer Selbstkosten bei diesen Lieferungen verweigert und verlangt, daß die Lieferantenpreise den deutschen Inlandspreisen gleichzusetzen seien.

Die diesbezüglichen Verhandlungen, bei denen die Gewerkschaften die Mitwirkung und die Mitkontrolle der deutschen Arbeitnehmer durchzusetzen haben, werden im Augenblick durch den Eingriff der Entente unheilvoll beeinflusst. Das Wiesbadener Abkommen sieht die Bildung großer Organisationen zur Durchführung der Wiederaufbauverpflichtung und der Sachleistungen an Frankreich vor. Jetzt tritt die Reparationskommission, die zurzeit unter Führung des Belgiers Bemelmans mit der deutschen Regierung verhandelt, mit dem Anspruch auf, daß diese Leistungen im weitesten Maße unter Umgehung eines Kontrollapparates im „freien Verkehr“ vergeben werden. So sollen alle Bestellungen, die im einzelnen den Betrag von 100 000 Frank nicht überschreiten, frei vergeben werden können. Einmal ist der Betrag an sich sehr hoch, dann aber liegt es natürlich in der Hand des Bestellers, größere Aufträge zu teilen, so daß sie im einzelnen nicht über 100 000 Frank hinausgehen. Es soll also unter Ausschluß einer durchgreifenden Kontrolle der ausländischen Besteller mit dem deutschen Lieferanten in Verbindung treten und mit ihm die Preise und Lieferbedingungen vereinbaren. Dem Deutschen Reiche bliebe nur die Pflicht, diese Leistungen aus Staatsmitteln zu bezahlen.

Die unausbleibliche Folge würde sein, daß einmal die gewerkschaftlichen Forderungen auf Sicherung der

fraglich vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Verteilung der Arbeit unter möglicher Berücksichtigung der durch Erwerbslosigkeit notleidenden Bezirke unter den Tisch fielen, weil durch den freien Verkehr jedweder Einfluß auf die Vergütung der Arbeiten fallen würde. Der freie Verkehr würde aber weiter Schieberum und Reparationsgewinnler der bösesten Art herabzu züchten. Die Befestigung der deutschen Volkswirtschaft wäre, wenn die von der Entente-Kommission geforderte Regelung der Reparationsleistungen durchgesetzt würde, ungeheuer.

Die Gewerkschaften haben daher sofort bei der Regierung die erste Verwahrung gegen diese Art der Regelung eingelegt und gefordert, daß für alle solche Sachleistungen, die ihrer Natur nach durch die gebundene kontrollierte Wirtschaft ausgebracht werden können, so wie ursprünglich geplant war, der Leistungsverband zuständig sein soll. Es läßt sich nicht leugnen, daß für bestimmte Arbeiten, die besondere Spezialgebiete, besondere technisch Einrichtungen betreffen, ein kontrollierter freier Verkehr möglich sein muß. Darüber streitet niemand. Was aber untragbar für das deutsche Volk ist, ist, daß alle Arbeiten im Wege des freien Verkehrs vergeben werden. Die deutsche Wirtschaft hat gerade genug unter dem Kriegs- und Revolutionsgewinnler gelitten, als daß sie ertragen könnte, daß zu diesen Parasiten sich noch der Reparationsgewinnler gesellte. Die deutschen Gewerkschaften vertreten daher mit aller Entschiedenheit die Durchführung einer Organisation, die die Sachleistungen erträglich macht und den deutschen Arbeitnehmern eine Mitbeteiligung und Mitkontrolle sichert.

## Her mit dem Existenzlohn!

Von August Haas (Köln).

Seit November des verfloßenen Jahres folgen die Lohn- und Gehaltsbewegungen in schnellem Tempo. Trotz dem stärkeren Widerstand der Arbeitgeber wird sich das Tempo im Jahre 1922 nicht verlangsamen. Was liegt näher, als über Mittel und Wege nachzusinnen, um die aufreibende Arbeit der Lohn- und Gehaltsbewegungen, die unser Wirtschaftsleben immer erneut erschüttern, in ruhigere Bahnen zu lenken. Der Trost, die Stabilisierung der Mark abzuwarten, ist ein solch schwacher, daß wir auf ihn nicht warten können, besonders nicht, wenn man berücksichtigt, daß die gleitende Lohnskala nicht allein bei dem Fallen der Mark und der damit verbundenen Steigerung der Preise, sondern auch bei dem Steigen der Mark und der darauf folgenden Preisentwertung wirksam werden soll. Für die Arbeiter und Beamten kann sie nach meinem Dafürhalten richtig angewandt, beim Fallen der Preise und der damit verbundenen Lohn- und Gehaltsentwertung am segensreichsten wirken.

Streit um die Höhe des Existenzminimums — Index — man sagt: es bemühen sich Calwer, Maß, Kuczynski, Silbergleit, die Stadt Hamburg, Leipzig, Köln und andere um diesen Index zu finden. Nichts falscher als das. Alle, die Statistiken machen, haben für sich diesen Index längst gefunden. Der eine baut die Quantitäten, die er zugrunde legt, auf die Rationen eines Marinesoldaten auf, der andere auf die Kalorien- und wieder andere auf den wirklichen Durchschnittsverbrauch einer vierköpfigen Arbeiterfamilie. Zu den letzteren gehöre auch ich.

Als die Kriegsjahre trotz der Steigerung der Preise die Führung von Lohnbewegungen immer schwieriger gestalteten und die Lebensmittel immer schärfer rationiert wurden, benutzte ich im Jahre 1916 die Rationierung dazu, um in den größten Städten Deutschland Preissteigerungen festzustellen. Für die nicht rationierten Lebensmittel schrieb ich auf Grund meiner Erfahrungen in der eigenen Familie die Mengen der Lebensmittel vor und erreichte so eine einheitliche Unterlage. Diese Statistik wurde später immer mehr ausgebaut und leistete bei den Lohnbewegungen im Kölner Industriegebiet gute Dienste. Als ich sie später als Beigeordneter der Stadt Köln fortsetzte und die Löhne der errechneten Indexziffer immer näher kamen, machten die Gewerkschaften aller drei Richtungen eine neue Statistik. Wenige Monate später trat ich unter Mitwirkung des Kölner Statistischen Amtes mit den Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Prüfung zusammen und wir einigten uns über die Mengen an Lebensmitteln, Kleidungsstücken und dergleichen, die der Statistik als Unterlage dienen sollten. Es wurde alles bis in das Kleinste spezialisiert und nur das aufgenommen, was man als Mindestmaß einer Familie zugehen muß. Die so gewonnene Aufstellung wurde in allen Zeitungen Kölns zur öffentlichen Diskussion gestellt und dann zur monatlichen Preisfestsetzung benutzt. In 54 Polizeibezirken gehen jeden Monat an dem Richtigkeit der Reichsstatistik Beamte rum und stellen die Preise in den Geschäften fest. Es ist dieses sehr leicht, weil eine englische Verordnung besteht, daß bei allen ausgestellten Waren auch der Preis stehen muß.

Die Statistik zerfällt in fünf Abteilungen: Lebensmittel; Reinigung, Heizung und Beleuchtung; Miete für zwei Zimmer und Küche; Bekleidung und Wäsche; Steuern, Versicherungs-, Partei- und Gewerkschaftsbeiträge, Zeitungen usw. Die errechneten Indexziffern waren im Oktober 1921 für eine vierköpfige Familie die Höhe 484,15 Mk., im November 604,84 Mk., im Dezember 680,26 Mk., im Januar 725,06 Mk. und im laufenden Monat 850,24 Mk. Warum soll es unter praktischen Menschen nicht möglich sein, sich bezirksweise unter Berücksichtigung der Lebensgewohnheiten über die zugrunde zu legenden Lebensmittelmengen zu einigen? Ein großer Teil Lebensmittel und ganz besonders andere Artikel werden für ganz Deutschland dieselben sein. Ja, die Lebensgewohnheiten der einzelnen sind aber verschieden. Richtig! Es sind Durchschnittsmengen und Zahlen und werden selbstverständlich nicht für alle passen. Der Lohn von heute paßt ja auch nicht für alle. Sicher ist, daß ein so errechneter Lohn als Unterlage dienen kann, um die Entlohnung nach der Familientopzahl gerechter zu gestalten als heute. Daß die Leistungen und die Verantwortung des einzelnen gemüßigt werden müssen, versteht sich von selbst, denn sonst würde die Arbeitsfreudigkeit untergraben.

Angenommen, man würde sich über die Durchführung des Existenzlohnes nicht überall einigen, so würde es sich doch lohnen, die errechnete Preissteigerungsziffer von Monat zu Monat dazu zu benutzen, um den Auf- und Abbau der Löhne und Gehälter zu regulieren. Ohne daß man es offiziell will, geschieht es heute schon. Der Kampf um die je-

weilige Erhöhung der Löhne war bisher schon kein erfreulicher, wie wird er erst werden, wenn es heißt Abbauen? Arbeitsminister Brauns sagt in seinem Artikel, dieses automatische Steigen der Löhne und Gehälter wird wertvolle Hemmungen gegen die Preiserhöhungen beseitigen. Das trifft nur ganz bedingt zu, denn die Preisbildung wird von anderen Faktoren wesentlich stärker beeinflusst. Hinzu kommt ja auch, daß die Lohnsteigerungen bisher und auf Grund der Indexziffern auch in Zukunft hinter der Preiserhöhung herkommen. Eine andere Frage, die viel mehr zu beherzigen ist, ist die, sollen beim Fallen der Preise auch sofort die Löhne sinken? Den Kölner städtischen Arbeitern, bei denen jede 10 Pfg. Lohnsteigerung für die Stadt drei Millionen Mark ausmacht, habe ich gesagt: nein. Man muß sich vorher darüber verständigen, wann und in welcher Höhe die erste Herabsetzung der Löhne eintreten soll. Eine Herabsetzung erst nach fünf bis sechs Monaten eintreten zu lassen, halte ich nicht für praktisch, sondern man muß sich darüber einigen, ob man nach einem Fallen der Indexziffern von 10, 20 oder mehr Prozent die Herabsetzung der Löhne eintreten läßt. Nach meinem Dafürhalten braucht man nicht kleinlich zu sein, wenn man bedenkt, welcher Schaden heute entsteht, wo dauernd in ganz Deutschland von unzähligen Unterhändlern, Schiedsrichtern usw. über die jeweilige Lohnsteigerung unterhandelt wird. Spigen sich die Verhandlungen zu, so wirkt es sofort auf die Arbeiter und Beamten und die Arbeitsfreudigkeit läßt, aus sehr begründlichen Gründen, nach. Dieser Schaden vermehrt sich durch die Arbeitsniederlegungen, die durch dieselben Ursachen entstehen, um noch bedeutendes.

Der Einwand, das Steigen und Fallen der Löhne ist nicht allein vom Steigen und Fallen der Preise, sondern sehr viel von der jeweiligen Konjunktur abhängig, ist der bedeutungslos. Es wird Berufe und Industrien geben, die auch beim besten Willen nicht in der Lage sind, den allgemeinen Preissteigerungen mit den Löhnen zu folgen. Aber auch in solchen Fällen sind die Steuerungsunterlagen zu den Verhandlungen gut zu gebrauchen und werden heute schon gebraucht. Da man bei den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben diese Konjunkturschwankungen im allgemeinen nicht hat, so wäre es für sie die erste Pflicht, zu einer gleitenden Skala zu kommen. Damit würde bei ungefähr 4 bis 5 Millionen Menschen das System ausprobiert, ohne Gefahr für die Arbeiter und Gewerkschaften, denn der Einfluß der Arbeiter ist durch ihre politischen Vertretungen in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben wesentlich stärker als in den Privatbetrieben.

Zum Schluß noch etwas zu dem Hauptgrund der Ablehnung. Die Gewerkschaften können an Einfluß auf die Arbeiter und damit an Mitgliedern verlieren. Jeder Gewerkschaftsführer wird schon unzählige Male in seinem Leben die fortwährenden Lohnbewegungen zum Teufel gewünscht haben und mit ihnen diejenigen Mitglieder, die die Gewerkschaften nur als eine Lohnbewegungsmaschine betrachten. Ein Zeichen, daß er der Meinung ist, daß die Gewerkschaften doch auch noch viele andere Aufgaben haben. Durch die mehr selbständige Regelung der Löhne würden unzählige Gewerkschaftsführer mehr frei, um sich selbst und die Mitglieder zu bilden. Ein großer Vorteil für unsere Bewegung in einer Zeit, wo wir nach Kräften streben, um die Verwaltungen zu demokratisieren, die Köpfe und das Herz der Arbeiter zu sozialisieren. Also, große Vorteile für unsere Wirtschaft und große Vorteile für unsere Bewegung und damit für den Sozialismus.

## Volkswirtschaft.

### Viehmärkte.

#### Schlachtwiehmärkte Lübeck.

Mitgeteilt von der Landwirtschaftskammer für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck.  
Schlachtwiehmärkte in Markt für 50 kg Schlachtgewicht, erzielt auf dem Schlachtwiehmärkte zu Lübeck am 24. Februar 1922:

Rinder I. Qualität	2200 Mk.
II.	2000
III.	1500—1800
nüchternen Kälber	1400—1500
Fresser	1600—1800
Wastfälscher	2000—2500
Schweine schwer	2500
mittel	2200—2300
leicht	1800—2100
Schafe I. Qualität	2000—2200
II.	1500—1800
III.	1200—1500

### Devisen-Kurse.

Berlin, 27. Februar.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		26. Febr.	24. Febr.
Amsterdam	100 fl.	8491.50	8866.60
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1895.60	1898.10
Kristiania	100 Kr.	3771.20	3728.25
Kopenhagen	100 Kr.	4625.85	4575.40
Stockholm	100 Kr.	5869.10	5794.20
Helsingfors	100 finn. Mk.	445.65	437.55
Rom	100 Lire	1125.85	1108.85
London	1 £	975.50	964.—
New York	1 Doll.	222.52	219.08
Paris	100 Frs.	1990.20	1994.—
Zürich	100 Frs.	4340.65	4280.70
Madrid	100 Pesetas	3528.45	3486.50
Wien	100 K.	4.88	4.88
Budapest	100 K.	92.16	81.16
Prag	100 K.	392.60	378.85

### Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit Tage Std.

Angelommen am 26. Februar.

D. Anny Hugo Stunnes Westhusen Hamburg 1

Angelommen am 27. Februar.

D. Negir Holmberg Rönnes 2

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiheit Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

**Bekleidung.**

**Törber & Gohmann**  
Feine Maßschneiderei.  
Fernruf 2119.  
Mühlenstraße 32.

**J. H. Pein** Markt 10/12,  
Breite Straße 64/68.  
Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Betten,  
Bettfedern, Herren- und Knaben-Garderobe,  
Arbeits- und Berufskleidung.

**Arbeiter!** Arbeitlosen, Kafen, Herren-  
u. Jüngl.-Anzüge kauft man  
am besten bei **C. Peter**, Glockengießerstr. 31.

**F. A. Müller** Leinen — Wäsche  
Braut- und Kinder-Ausstattungen.

**Heinrich Waller** Breite  
Straße 60  
Herrenartikel, Wäsche, Krawatten, Handschuhe,  
Hüte.

**Ernst Wehde** Herrenartikel.  
Beckergrube 33.

**Hut-Richter** Breite Straße 20.  
Hützstraße 44.  
Fernruf 3443. Größte Auswahl. Billigste Preise.



**Lübeck**  
Mühlenstraße 34.

Reserviert für  
**Franzen & Co.,** Holstenstr. 21.  
Herrenartikel.

**J. H. Evers** Tuchhandlung.  
Beste Bezugsquelle  
für Tuche, Anzugstoffe, Paletot- u. Hosenstoffe.  
Lieferung auch durch sämtliche Schneider-  
meister.

**Berta Döhrmann Nchf.**  
Holstenstraße 19/15.  
Spezialhaus für Putz und Modewaren.

**Emma Rösch** Johannisstraße 1, I.  
In mittel und prima Genre stets in großer Aus-  
wahl garnierte u. ungar. Hüte in bedeutender  
Preisermäßigung vorhanden.

**D. Wagner** Damen- u. Kinderputz  
Holstenstraße 8.

**Carl Ritter** gegründet 1801.  
Spezialhaus f. Besatz-  
artikel. Fernruf 8878. Breite Straße 26.

**Handarbeiten** modern, geschmackvoll  
und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgeschäft  
**Ritz**. Fernruf 3333. Obere Wahnstraße 1.

**Richard Haase** Breite  
Straße 37.  
Fernruf 2590. Pelzwaren.

**Gebr. Hirschfeld** Breite Str. 39/41  
Telephon 106.  
Modehaus für Damen- und Kinderkonfektion.

**struve & Baumeister**  
Damenkonfektion und Kleiderstoffe, Manufaktur-  
waren. Breite Straße 33.

**August Haerder & Co.**  
Lübeck. Damen- und Herren-Bekleidung.  
Seiden- und Kleiderstoffe, Baumwollwaren.

**Joh. Holst inn. A. Lüders**  
Hützstraße 55. Manufaktur- und Kurzwaren.

**Karl Zegelin** Johannisstraße 11.  
Unterzeuge u. Strumpf-  
waren. Krabenzüge usw.

**Friedrich Renner**, Hützstraße 49. Fernr. 2962.  
Feine Herren- u. Knaben-Schneiderei. Lager in- und  
ausländischer Stoffe.

**W. Ramm**  
Johannisstraße 16.  
Korsetts jeder Art.

**C. G. Yorkuhl**  
Pfernhanser 12. Wäsche-  
aussteuer. Herr.-Artikel.

**Favorit**, Johannis-  
straße 7. Inn. A. Klaus.  
Schneider, Reinig., Färb.  
Herren- u. Arb.-Artikel.

**Karl Frosch**, Aeg-  
dieusir. 63. An- u. Ver-  
kauf Kleidungsst., Fußz.  
Wäsche und Bettzeug.

**Travemünde.**

**J. U. Kröger** Gegr. 1782  
Fernruf 1.  
Travemünde, Torstraße 1. Kolonialwaren, Brenn-  
materialien.

**J. Rickman, Travemünde**  
Fernruf 119. Kurgartenstraße 69/71.  
Kolonialwaren, Brennmaterialien.

**Geschäftliche Rundschau und Zeitungs-Dauer-Fahrplan** (Muster-  
schutz)

**Möbel und  
Dekoration.**

**F. Kloetzer,**  
Königsstraße 65/67.  
Möbel u. Dekorationen.

**Ludwig Möller** Mühlen-  
straße 45.  
Kunsthandlung, Kunstausstellung, Rahmentabrik.

**Boldts Möbellager**  
Herren-, Speise-, Schlafzimmer und Küchen-  
einrichtungen. Fischergrube 25/27.

Reserviert für  
**Johann Pamperin**

**Lübecker Stahlfeder-  
Matratzen-Fabrik** Inh.  
Carl Mühlke jr.  
Fernruf 3282. Hundestraße 54.

**Carl Folkers** Wohnungs-  
Ausstattungs-geschäft.  
Marlesgrube 23/25 und 28/32. Fernruf 2784.

**Matratzenhaus Reinecke**  
Beckergrube 22.

**Karl A. F. Westphal**  
Spezialgeschäft für Teppiche, Gardinen, Möbel-  
stoffe usw. Untertrave 114/15, L. Ecke Holstenstr.

**Tapeten**

**Gebrüder Heick**  
Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.  
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für  
Innendekoration.



**Friedr. Matz** Inhaber **Paul  
Engelbrecht.**  
Tapeten- und Teppich-Lager. Innendekoration.  
Lübeck, Breite Straße 14. Fernsprecher 9076.  
Gegründet 1808.

**Eugen Zangerl Tapetenlager**  
Breite Straße 53, I.

**Lübeck-Büchener-Eisenbahn-  
Gesellschaft**

**Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.**

Hamburg		Büchen		Eutin		Travemünde	
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Büchen	Lübeck	Eutin	Lübeck	Travemünde
ab 6:00	7:40	ab 6:00	7:40	ab 6:00	7:40	ab 6:00	7:40
ab 7:40	9:20	ab 7:40	9:20	ab 7:40	9:20	ab 7:40	9:20
ab 9:20	11:00	ab 9:20	11:00	ab 9:20	11:00	ab 9:20	11:00
ab 11:00	12:40	ab 11:00	12:40	ab 11:00	12:40	ab 11:00	12:40
ab 12:40	14:20	ab 12:40	14:20	ab 12:40	14:20	ab 12:40	14:20
ab 14:20	16:00	ab 14:20	16:00	ab 14:20	16:00	ab 14:20	16:00
ab 16:00	17:40	ab 16:00	17:40	ab 16:00	17:40	ab 16:00	17:40
ab 17:40	19:20	ab 17:40	19:20	ab 17:40	19:20	ab 17:40	19:20
ab 19:20	21:00	ab 19:20	21:00	ab 19:20	21:00	ab 19:20	21:00
ab 21:00	22:40	ab 21:00	22:40	ab 21:00	22:40	ab 21:00	22:40

**Wullbrandt & Co., G. m. b. H.**  
Rosengarten 10. Kanalstraße 3/5. Fernruf 3497. **Kohlen, Koks, Briketts.**

**Erich Schauer**, König-  
str. 45. Emaille-, Alum.-  
Haus- u. Küchengeräte.  
**Stempel - Weichert**,  
Burgwitz Nachf., Becker-  
grube 15.  
**Haare und Felle**  
kauft Hartengrube 5  
**R. Lissauer**

**Allgemeines.**  
Herrenhut-Reparaturen  
**Hut-Ziehe**  
Panamahut-Wäscherei  
**Blumen-Krause**. Fernruf 1480.  
Beckergrube 8.

**Fritz Derlien**  
Hützstraße 107.  
Samen- u. Futtermittelg.  
**Segeberg**  
Lübeck Segeberg Lübeck  
ab 8:00 10:00 5:45 7:00  
9:00 10:20 10:30 11:55  
2:40 3:50 10:37 11:55  
7:30 8:55 4:15 6:15  
5:45 7:00

**„Wurf“  
Seifen-  
pulver**

**Hans Köster** Ingenieur.  
Techn. Bureau.  
Elektr. Licht- u. Kraftanlagen. Beleuchtungskörper.  
**Zeichen-Artikel** für Schule und  
Technik.  
**Seyler u. Liebig**, Beckergrube 5.  
**Neumann & Erdmann**, Spezialhaus  
für Schreib- u. sonstige Bureaumaschinen.  
Fernruf 1870. Breite Straße 33, I.

**H. Mecklenburg & Co.**  
Fernruf 99 und 299. Mengstraße 52.  
Pack- und Pergamentpapier.

**Ernst Haukohl** Mühlenstraße 49.  
Glas, Porzellan, Hausstandssachen. Braune irdene  
Waren.  
**Deecke & Boldemann**  
Wahnstraße 18. Versicherungen aller Art.

**Schwartau.**  
**Geertz Hotel** am Riesebusch.  
Jed. Sonntag Konzert.

**Joh. Möller** Orthopädisches Maß-  
geschäft.  
Fernruf 1852. St. Annenstraße 19.

**Dr. med. H. Woffermann & Co.**  
Bruchbänder, Leibbinden, sämtliche Artikel zur  
Krankpflege. Fernruf 8225. Beckergrube 2.

**Ludwig Malzahn** Haus-  
und Hypothekmakler.  
**Lübecker Badeanstalt**  
Fernruf 1243. Hützstraße 130. Elektr. u. sämtl.  
medizinische Bäder. Römische von 3 bis 6 Uhr.  
Dienstag und Freitag für Damen.

**Uhren, Goldwaren** große  
preiswerte Auswahl. Trauringe. Eigene Reparatur-  
werkstatt. **Brüggmann**, Schwartau, Markt 18.

**Joh. Möller** Orthopädisches Maß-  
geschäft.  
Fernruf 1852. St. Annenstraße 19.

**B. Glogner & Co.** Kanal-  
str. 32/34.  
Eisen, Stahl, Schrot, Metalle.

**Ernst Blöcker** am Markt. Kolonial-  
u. Eisenwaren, Haus-  
standsartikel und Porzellan.

**Fahrzeuge u. Nähmaschinen**  
G. m. b. H. Eutin Straße 1.  
**Meierei Eitel** Meiereiprodukte.  
F. 2144. Schulstr. 1.

**Heinrich Pagels** Breite Str.  
91/93.  
Hützstr. 3/16. Für Stiefel: Oelen, Harde, Wasch-  
kessel, Toiletten, Badewannen. Wand- und Fuß-  
bodenplatten.

**Selig L. Cohn** Fernruf 2153.  
Wahnstr. 62.  
Rohprodukte, Eisen, Metalle.

**F. Erdmann** Glockengießerstr. 61. F. 2751.  
Ankauf von Rohprodukten, Eisen, Metallen, Akten,  
Geschäftsbüchern zum Einstampfen.

**Küchnitz u. Schlutup.**  
**Bäckerei u. Konditorei**  
Heinrich Rau, Küchnitz.

**J. F. B. Grube** Am Markt u.  
Kohlmarkt 5.  
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte.

**F. Erdmann** Glockengießerstr. 61. F. 2751.  
Ankauf von Rohprodukten, Eisen, Metallen, Akten,  
Geschäftsbüchern zum Einstampfen.

**Hermann Richelsen**  
Lübeck, Sandstraße 16. Aussteuer-Magazin für  
Häus und Küche, Glas, Porzellan, Luxuswaren.

**Willi Richter**, Schlutup, Lübecker Str. 19.  
Uhren. Reparaturwerkstätte.  
**Bäckerei und Konditorei Herm. Haase**  
Schlutup, Lübecker Straße 46.

**Ernst Bole** Kanalstraße 24.  
Versicherungen aller Art.  
**Otto Longuet** Übernahme v.  
Führleistungen  
jeder Art. Fernruf 8936. Denkwardgrube 13/19.

**L. Ruhland** Lübecker Kunststeinwerke.  
Grabsteine, Baumaterialien. Falkenstraße.

**Karl Schumann**, Malermeister, Küchnitz.  
Austühr. sämtl. Malerarbeiten, einfach. u. bess. Art.  
**Gasthof „Stadt Lübeck“**  
Inh.: **Ernst Faase**, Küchnitz.

**Otto Liebenow** Schlutup. Uhr- u. Goldw.  
Zigarr., Zigaretten, Tabak.  
**Heinrich Thielbahr**,  
Schlutup. Drogen,  
Farben, Kolonialwaren.

**Banken und Industrie.**

**Bankhaus Fritz Kiemstedt**  
Kommandit-Gesellschaft, Lübeck, Holstenstraße 5.  
Fernsprecher 8173, 983. Telegr.-Adr.: Nordbank.  
Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Ham-  
burg 92658. Erledigung sämtlicher Bankgeschäfte.

**Louis Wolff, Komm.-Ges.  
Bank.**

**Alfons Frank & Co.  
Bank.**

**Vorschuß- und Spar-Vereins-  
Bank in Lübeck** Fleischhauerstr. 17—19,  
Ecke Königstraße. Depositen 4% bei 6 mon  
Kündigung.

Reserviert für  
**Lubeca-Werke**

**Vereinsbrauerei Walkmühle**  
H. Lück. Fernruf 284. Lagerbier, Pilsner, Porter.

B. Löt., Bohr., Leim. usw  
verw. m. d. Blechp. „Hansa“

**Zigarren und  
Tabak**

**A. Röhrich** Holstenstr. 2,  
Eck Schüsselb. Zigarren,  
Zigaretten, Tabak. F. 274

**Lübecker Kautabak**  
von **Chr. Floto**. Zu haben in allen ein-  
schlägigen Geschäften.

**Wieghorst & Jasper**  
Zigarren Großhandlung.

**Hermann Wieghorst** Am Markt,  
Ecke Weiter  
Krambuden. Zigarren, Zigaretten, Tabake.

**Karl Jenßen** Zigarren-Spezialhaus.  
An der Mauer 34,  
Ecke Hützstraße.

**Heinrich Kähler** Dornestraße 5  
Tabak, Zigarren und Kolonialwaren.  
**Installation und mechanische  
Werkstätten.**

**Ernst Püstow** Elektrische Anlagen.  
F. 8589. Mühlenstr. 71.

**Carl Jenss** Elektromechanische Werk-  
statt. Hützstr., Ecke König-  
straße. Musikwaren. Eigene Zahnradfräselei.  
Neu versilb. w. alte Metallgegenst. bei Gegenzahlg.  
v. altem Silber. **Joach. Fokuhl**, Mühlenstr. 77.

**Franz Heitzer** Klempnerei, Installation. Fackeln  
Allee 49. Beleuchtungsk., Hausstandss. F. 2303.

**Uhren, Goldwaren** große  
preiswerte Auswahl. Trauringe. Eigene Reparatur-  
werkstatt. **Brüggmann**, Schwartau, Markt 18.

**Ernst Blöcker** am Markt. Kolonial-  
u. Eisenwaren, Haus-  
standsartikel und Porzellan.

**Fahrzeuge u. Nähmaschinen**  
G. m. b. H. Eutin Straße 1.  
**Meierei Eitel** Meiereiprodukte.  
F. 2144. Schulstr. 1.

**Küchnitz u. Schlutup.**  
**Bäckerei u. Konditorei**  
Heinrich Rau, Küchnitz.

**Karl Schumann**, Malermeister, Küchnitz.  
Austühr. sämtl. Malerarbeiten, einfach. u. bess. Art.  
**Gasthof „Stadt Lübeck“**  
Inh.: **Ernst Faase**, Küchnitz.

**Otto Liebenow** Schlutup. Uhr- u. Goldw.  
Zigarr., Zigaretten, Tabak.  
**Heinrich Thielbahr**,  
Schlutup. Drogen,  
Farben, Kolonialwaren.

**Willi Richter**, Schlutup, Lübecker Str. 19.  
Uhren. Reparaturwerkstätte.  
**Bäckerei und Konditorei Herm. Haase**  
Schlutup, Lübecker Straße 46.

**Otto Liebenow** Schlutup. Uhr- u. Goldw.  
Zigarr., Zigaretten, Tabak.  
**Heinrich Thielbahr**,  
Schlutup. Drogen,  
Farben, Kolonialwaren.

## Freistaat Lübeck.

Montag, 27. Februar.

Eine Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Dienstag abend im Gewerkschaftshaus statt. Zur Beratung steht u. a. die wichtige Frage: Wohnungsbau und Selbstbeschaffung. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

### Zur Neuwahl der Betriebsräte!

Auf Grund der Bekanntmachung des Vollzugsrats der hiesigen Betriebsrätezentrale, werden die Neuwahlen für die Betriebsräte des Wirtschaftsgebietes Lübeds am 28. März d. J. vorgenommen.

Die Bestellung des Wahlvorstandes ist inzwischen erfolgt. Derselbe hat bis 2. März durch Aushang des Wahlauschreibens die Wahl einzuleiten. In der Zeit bis zum 9. März haben die Belegschaften in Betriebsversammlungen die Aufstellung der Kandidaten vorzunehmen. Wir ersuchen alle Gewerkschaftskollegen und Kolleginnen, bei der Aufstellung der Kandidaten die unbedingt nötige Vorsicht walten zu lassen.

Nur freigewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer sind für die Wahl der Betriebsräte aufzustellen. Weiterhin ist notwendig, daß sich die Belegschaften vergewissern, daß die eventl. als Betriebsräte in Frage kommenden Kollegen gewillt sind, nach den Grundsätzen und Weisungen ihrer Spitzenorganisationen und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu arbeiten. Wenn es auch wünschenswert ist, bei der Neuwahl der Betriebsräte möglichst einheitlich in der Arbeitnehmerschaft vorzugehen, so müssen doch vorstehende Grundsätze unter allen Umständen Berücksichtigung finden.

Arbeiter! Angestellte! Wir gehen außerordentlich schweren politischen, wirtschaftlichen, wirtschaftspolitischen und arbeitsrechtlichen Kämpfen entgegen. Ein wesentlicher Teil dieser Kämpfe wird sich in den einzelnen Betrieben zwischen den Betriebsvertretungen der Arbeiter und Angestellten gegenüber den Werksleitungen abspielen. Darum erachten wir es für unbedingt notwendig, bei den kommenden Betriebsrätewahlen alles aufzubieten, um den freigewerkschaftlichen Listen zum Siege zu verhelfen, die den obengestellten Anforderungen genügen. Bei der Auswahl der Betriebsräte muß Eignung und gewerkschaftliche Erfahrung in erster Linie Berücksichtigung finden. Weiterhin ist unbedingt notwendig, daß die in Frage kommenden aufgestellten Kandidaten eine Gewähr dafür bieten, daß Theorie und Praxis bei ihnen sich nicht wie Tag und Nacht gegenüberstehen.

In Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten, aber mindestens 5 Wahlberechtigten wird ein Betriebsobmann gewählt, hierbei beträgt die Frist zur Ausschreibung der Wahl nur 8 Tage. An Stelle des Wahlvorstandes tritt der Wahlleiter. Da der Wahltag der 28. März ist, so ist das Wahlauschreiben spätestens am 16. März anzuhängen.

Diesjenigen Betriebe, die aus irgendwelchen Gründen es unterlassen, eine Betriebsvertretung zu wählen, begeben sich nicht nur aller arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen, sondern sie schädigen durch ihre Laune und durch ihre Gleichgültigkeit die allgemeinen Interessen der organisierten Arbeitnehmerschaft aufs Schwerste.

Wir fordern weiter auf, mit aller Energie dahin zu wirken, daß gemeinsame Listen der Arbeiter und Angestellten dort, wo es irgendwie möglich ist, aufgestellt werden.

Kollegen und Kolleginnen, an die Arbeit!

Schafft Aufklärung! Nützt die Säumigen auf!

Niemand darf durch persönliche Mistimmung dieser Ausdruck verleihen, indem er die Gesamtinteressen der Arbeitnehmerschaft durch seine Gleichgültigkeit schädigt.

Wählt nur die fähigsten und zuverlässigsten Kollegen und Kolleginnen zu den gesetzlichen Betriebsvertretungen.

Der Vollzugsrat  
der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale  
für das Wirtschaftsgebiet Lübeck.

### Die Schulblüge.

Wir haben bereits am Sonabend einen kurzen Bericht über die am Freitag abend im Kolosseum stattgefundene Versammlung, die sich mit der Schuldfrage Deutschlands am Weltkriege beschäftigte, gebracht. Der Aufruf zu dieser Rundgebung war von 50 Vereinigungen unterzeichnet. Neben den bürgerlichen Sportvereinen hatten alle politischen Rechtsparteien ihre Unterschrift hergegeben. Bezeichnend ist, daß diese Veranstaltung, die nach den Ankündigungen keine parteipolitische Tendenz haben sollte, besonders von jenen Vereinigungen unterstützt wurden, die politisch ganz rechts und im Rufe der schärfsten Reaktion stehen. Wir nennen nur den Verein ehemaliger Kalktrierger, den Deutschen Offiziersbund, den Stahlhelm, dem Deutschen Völkischen Schutz- und Trutzbund, den Alldeutschen Verband und den Volksbund „Rettet die Ehre“. Das genügt schon, um zu zeigen, daß diese Veranstaltung von vornherein einen starken reaktionären Einschlag hatte. Die große Masse der Arbeiterschaft kann nicht mit solchen Leuten zusammengehen, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit bisher ihren nationalitätlichen Uebermut zum Schaden Deutschlands ausgetobt haben. Wir verkennen gewiß nicht, wie wichtig es ist, wenn sich die ganze Nation in Lebensfragen des deutschen Volkes einigt. Daß sie es aber nicht ist und besonders auch in außenpolitischen Dingen nicht sein kann, liegt vor allem an der volkschädigenden und volksfeindlichen Politik der äußersten Rechtsparteien und ihrer Trabanten. Die tiefe Klut, welche die Arbeiterschaft von den Deutschnationalen und den Deutschvölkischen trennt, kann nicht durch schön klingende Aufrufe überbrückt werden.

Wir sind die letzten, die behaupten, daß Deutschland die alleinige Schuld am Weltkriege trägt. Nein, wir wissen sehr wohl, daß auch die anderen Nationen ein gerüttelt Maß von Schuld haben. Niemals aber können wir dem Referenten des Abends, Herrn Heller-Halberz aus Hamburg bestimmen, wenn er behauptete, daß Deutschland völlig ungeschuldig am Kriege sei und die Entente die Alleinschuldigen. Er gab sich zwar alle Mühe, das in seinem Referat nachzuweisen, doch können wir seine Darstellung nicht als erschöpfend und objektiv ansehen. Die Rede berührte auch nur selten den Kern des Problems. Der Redner sprach von großen Fehlern in der deutschen Politik, die seit dem Abgang Bismarcks gemacht wurden. Fehler sind gewiß gemacht, sie sind aber ganz anderer Art, als der Vortragende meinte. Diese Neuerungen bedeuten doch nichts anderes, als daß der Bismarckische Kurs weiter getrieben und die Gewaltpolitik fortgesetzt werden sollte. Wenn Deutschland ungeschuldig am Kriege ist, dann ist es auch natürlich Wilhelm. Dieser soll ebensowenig wie der frühere Reichskanzler Bethmann-Hollweg den Krieg gewollt haben und beide sind, so behauptete u. a. der Redner, vom Kriege überrascht worden. Das ist ja aber gerade das Verhängnis, daß man den Krieg wenigstens damals nicht wollte und eine Politik trieb, die schließlich zur Katastrophe führte. Wer hat am meisten mit dem Säbel gerasselt und wer hat auf den internationalen Friedenskonferenzen der Verständigung der Völker die größten Hindernisse in den Weg gelegt? Das waren leider die deutschen Vertreter. Recht hatte Herr Halberz daher, wenn er sagte,

daß bei Ausbruch des Krieges fast die ganze Welt gegen uns war. Wenn wir heute nicht mehr ganz so viel Feinde in der Welt haben, so ist das der Politik der Sozialdemokratie zu danken.

Es ist ja nicht schwer, durch Anführungen einzelner Personen und Zeitungsartikeln des Auslandes nachzuweisen, daß die Entente den Krieg von langer Hand vorbereitet haben soll. Genau so kann das Ausland aber auch an Neuerungen und Handlungen unserer Alldeutschen und Uebernationalisten nachweisen, daß Deutschland auf den Krieg hingearbeitet hat. Solche Fehler sind hüben und drüben gemacht worden. Nur betrachten die Alldeutschen das nicht als Fehler, sondern als nationale Tat. Viele Gruppen, die den Aufruf mit unterschrieben, haben früher nicht nur oft an Deutschland gesündigt, sondern sie waren es auch vor allem, die, als es noch Zeit war, den Verständigungsfrieden verhindert. Wie wurde gerade von diesen Leuten feinerzeit der sogenannte Scheidemann-Frieden verhöhnt und verspottet. Das hat man heute fast vergessen. Und damit es ganz vergessen wird, entzückt man den nationalitätlichen Kummel immer kräftiger.

Wir glauben leider nicht, daß durch solche Veranstaltungen wie am Freitag die Frage der Kriegsschuld geklärt wird und daß wir uns dadurch in der Welt Freunde gewinnen können. Das Ganze war zu einseitig nach rechts eingestellt. Den guten Willen einiger Veranstalter wollen wir nicht bezweifeln. In einigen Punkten können wir dem Referenten auch zustimmen. Es ist gewiß richtig, wenn er sagt, daß durch unsere Unterschreibung des Friedensvertrages die Schuld Deutschlands am Kriege nicht bewiesen ist, da diese Unterschrift gewissermaßen erpreßt wurde. Eine wichtige und wirkungsvolle Rundgebung gegen die Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege muß aber von Deuten ausgehen, die vor allem auch im Ausland nicht im Verdacht der Mitschuld stehen. Nur dann kann solche Rundgebung einen großen moralischen Wert haben.

Der Referent erntete natürlich stürmischen Beifall und man sang dann das Lied: „Ich hab' mich ergeben...“ Man wollte dadurch anscheinend verhindern, daß Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen wurde. Das glückte aber nicht. Nach Beendigung dieses Liedes stimmten kräftige Reihler ihr Lieblingslied an und der Referent, wie auch die meisten Vorstandsmitglieder vor langen mit. Am Ausgang des Saales entstand während des Gefanges zwischen Jugendlichen eine Reizerei. Es gab Stöße, anscheinend auch mit Gummistülpeln. Mehrere wurden hinausgeworfen und ein etwa 20jähriger junger Mann verhaftet. So endigte die große Rundgebung mit einem Krach.

Sehr bemerkenswert an der Rundgebung ist aber, daß man nach der Einladung gegen die Alleinschuld Deutschlands protestieren wollte, während der Referent Deutschland jegliche Schuld absprach und die Entente als die Alleinschuldigen hinstellte. Auch in der angrenzenden Resolution wird nicht mehr von der Alleinschuld, sondern nur noch von der Schuld Deutschlands am Kriege gesprochen. Das ist ja ein kleines „Versehen“, daß bei den Reaktionen aller Schattierungen weiter nicht auffällt. Die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften haben recht gehandelt, daß sie sich an dieser Veranstaltung nicht beteiligten.

Die wirtschaftlichen Vorträge der Universitätswoche. Drei große wirtschaftliche Vorträge werden in der Universitätswoche, die vom 12. bis 21. März in Lübeck stattfindet, gehalten werden. Gehemrat Professor Dr. Harms, welcher den Lehrstuhl für Weltwirtschaftslehre an der Kieler Universität innehat, wird über die Weltwirtschaft der Gegenwart sprechen. Von häufigen Besuchen zusammen mit seinen Studenten ist Gehemrat Harms in Lübeck vielen bekannt. Ferner trat er als Direktor des von ihm geschaffenen Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr mit den Kreisen von Handel und Industrie in enge Verbindung, da dieses Institut nicht nur der wissenschaftlichen Arbeit, sondern auch praktisch dem Außenhandel dient. Gehemrat Harms war, bevor er sich dem wissenschaftlichen Studium zuwandte, im Buchbindergewerbe tätig und war mit 21 Jahren Werkmeister in einer Darmstädter Buchbinderei. Dann studierte er, habilitierte sich als Privatdozent in Tübingen, ging bald darauf als ordentlicher Professor nach Jena, dann als ordentlicher Professor nach Tübingen und 1908 nach Kiel. Er veröffentlichte in früheren Jahren zahlreiche Schriften über Sozialpolitik und Gewerkschaften. Die Abhängigkeit der sozialen Lage jeden Landes von den Außenhandelsbeziehungen

## Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schücking.

88. Fortsetzung.

„Hal was?“ schrie Margret und fuhr von ihrem Sitz in die Höhe; sie war kreideweiß geworden und ihre Augen stierten die Sprechende an; gleich darauf setzte sie sich und sagte mit etwas gebrochener, aber tonlos kalter Stimme: „Und nun weiter?“

„Wenn einer über die Schemmings etwas Sicheres zu sagen weiß, so seid Ihr es, Margret,“ fuhr Katharina fort; „darum komme ich zu Euch. Der Herr von Schemmen in W. will in Paris im Fintelhause aufgezogen sein und an seinem einundzwanzigsten Geburtstag die Beweise für seine Abhängigkeit erhalten haben. Gegen diese läßt sich nun auch nichts sagen und es ist alles ganz erklärlich, wie er es angibt. Aber es ist ein wichtiger Schritt, den ich zu tun im Begriffe stehe, und deshalb hab' ich es für gut gehalten, zuerst mit Euch darüber zu reden, ob Ihr meint, daß wirklich eins von jenen Kindern, bei denen Ihr Wärtlerin waret und die so geheimnisvoll alle nacheinander umgebracht sein sollen, dem Tode erdankt sein mag.“

„Wenn ein junges Mädchen vor ihrer Heirat für nötig findet, erst ein fremdes, altes Weib um Rat zu fragen, so bleibt sie besser wie sie ist,“ verlegte Margret. „Freilich,“ sagte sie nach einer Weile, wie für sich, „ihre vornehmen Leute denkt an etwas anderes bei euren Heiraten als wir geringere; ein Herr von Schemmen ist ein vornehmer und reich Herr!“

„So meint Ihr also, ich mag ohne Bedenken mein Jawort geben?“ fragte Katharina.

„Ohne Bedenken?“ wiederholte die Alte gehesnt.

Die beiden Frauen sahen sich mit gespannten Blicken an; sie bildeten eine merkwürdige Gruppe, wie sie beide einander gegenüber saßen und über den Quarm des Herdfeuers hin die Blicke ihrer forschenden Augen aufeinander gerichtet hielten. Die eine mit dem lauernden Ausdruck in den wasserblauen, ins Graue übergehenden Nirenaugen, voll anscheinender Sicherheit, Kälte, wie vom Bewußtsein alles beherrschender und durchschauender Klugheit mit einem Zauberkreis umspinnen, den keine feindliche Macht durchdringen zu können schien, um ihr etwas anzuhängen; großartig, stark, aus den stillen Regionen ihrer Beschaulichkeit hellnahlos auf das irdische Treiben blickend. Die andre mit lebhafterem Kinneln in ihren dunkler gefärbten Augensternen, aber dem Scheitern nach ebenso ruhig, nur der Stimme der Versucht Gehör zu geben entschlossen, kalt und bedächtia ihre Worte legend, als berate sie mit einem Advokaten den Ankauf eines Hauses. Und doch, welcher Sturm von Gemütsbewegungen in beiden! Welch schmerzhaft zuckendes Drängen und Wirbeln non peinigenden Gedanken in der Tiefe, ihrer ängstlich gespannten Frauenseelen! — Kaum der einen ein Wort ins Ohr — und mitten in ihrem Zauberkreise krümmt sich diese stolze Stiebertät in einem Augenblicke; der andere ein andres — und die kalte,

vernünftig sprechende, große Dame, die eine Heirat eingehen will, wie einen vorteilhaften Handel, wird von der Leidenschaft emporgeschleht, daß sie „ein Schauspiel für Götter“ abgibt. Eine unennbare Angst schnürte Katharina die Brust zusammen; sie verzagte, der Alten etwas herauszubringen; diese lauerte durch ihre grauen Wimpern mit derselben inneren Angst, daß man darauf ausgehe, sie zu fangen, daß man Dingen auf die Spur kommen wolle, die sie verderben würden.

„Ihr glaubt also auch, daß sich gegen die Angabe des Herrn von Schemmen nichts einwenden lasse, Rutter Fahrstein?“ hob Katharina wieder an.

Margret rückte den Schemel, worauf sie ihre Füße gestellt hatte, zur Seite, schlug mit einem Tuche den Staub herunter und sagte: „Ihr seid eine vornehme Dame, aber ich hoffe, daß Ihr einer alten Frau einer Gefallen tut; ich sehe nicht gut mehr und mit dem Hören geht es noch schlechter! Ja, ich bin alt und grau geworden, aber in Ehren; am letzten Palmsonntag sind es dreißigjährig Jahre gewesen, seit ich zum erstenmal zur Kommunion ging.“

Ihre letzten Worte schienen eine Gedankenreihe in ihr zu erwecken, welcher sie für eine Weile zerstreut nachging. Dann fuhr sie auf und sagte: „Tut mir der Gefallen und kniet hier nieder, daß ich Euch besser verstehen kann.“

Katharina war es nichts weniger als angenehm, den forschenden Blicken der Alten sich so nahe auszuweichen; aber sie willfährte ihr, um sie in guter Laune zu erhalten. Sie kniete auf dem Schemel neben dem Stuhle Margrets nieder und fügte ihre Ellbogen auf die Armlehne deselben.

„Seht Ihr“ sah neben Euch, als ob ich Euch beichten wollte,“ sagte sie.

„Ja, so sieht Ihr; beichtet Ihr oft?“

„Alle Monat, Margret.“

„Alle Monat,“ verlegte Mutter Fahrstein nachdrücklich; „ja, das ist oft; Ihr könnt nicht viel zu beichten haben! Weshalb tut Ihr es?“

Katharina war in der letzten Zeit vielleicht nicht so eifrig gewesen, die Gebote ihrer Kirche zu erfüllen, hätte nicht ihre Prädikate als Stiebtame ihr es zur Pflicht gemacht; aber in der Hoffnung, die Alte zu erweichen, von der sie wußte, daß sie nie die Sarramente empfangen, verlegte sie: „Wir sind schwache Menschen und zudem können wir über Nacht abgerufen werden. Niemand weiß, wann die Stunde kommt.“

„Was fahet Ihr vor jemand, der gar nicht beichten geht?“

„Gott ist barmherzig; aber, wenn es keine eigene Schuld ist, die Kirche sagt, daß er ewig verdammt sei. Doch lassen wir das, Wollt Ihr mir nicht Eure Meinung sagen, Mutter Fahrstein?“

Margret antwortete nicht, sondern blickte eine Zeitlang stier in die Flamme vor ihr; denn ging ein leises Juden durch ihre Gefühle, sie fuhr mit der zitternden Hand über ihre Brauen, legte sie auf Katharinas Haar und schaute ihr angekrengt ins Gesicht.

„Soll ich nicht meinen Sohn rufen lassen?“ fragte sie leise und knist. „Ihr seid ihm immer so freundlich gewesen, wie er mir gesagt hat, und es würde dem armen Blat eine Freude sein.“

wenn er Euch wiedersehe und Ihr ihn so gütig einmal wieder anredet, wie er früher von Euch gewohnt gewesen; er ist so allein und verlassen hier!“

Es war Katharina nicht wohl möglich, ihr: nein, nein, noch nicht! mit so viel Ruhe auszusprechen, wie sie sich bestrebt; ihre Worte stakten, wie vom Schlagen unterbrochen.

„Wenn Ihr eine Frau, wie Margret Fahrstein, fangen wollt, so seht nächstens früher auf, Kind!“ rief die Alte mit einem heisern Lachen. „Bleibt nur sitzen, ich weiß genug.“ fuhr sie darauf fort. „Mit Eurer Durststiche durch Kranck ist es nichts, auch mit Eurer Verlobung nichts, denn Ihr liebt meinen Sohn. Ihr tut recht daran, er verdient es und Euer Herr von Schemmen ist ein Betrüger; was hat er für Beweise? Sie sind falsch! Ihr aber seid hierher gekommen, um meinen Sohn zu sehen. Und um einen Vorwand zu haben, habt Ihr Euch eine Geschichte erdacht, als sei jemand in W., der sich für einen Sohn der Familie ausbebe, in der ich so lange diente, und deren Kinder alle dahin sind, wo ihre Eltern. Es lautet ganz auf, daß Ihr gekommen seid, die alte Fahrstein um Auskunft anzugehen! Es ist kein Herr von Schemmen in W.“ Die Alte lachte wieder und blähte triumphierend auf Katharina herab.

„Das kann ich beschwören,“ rief diese aufspringend.

„Sa? dann ist er ein Schuft!“

Margret wurde wieder still und murmelte eine Weile unverständliche Worte vor sich hin. „Mein Junge hat Euch im Herzen,“ sagte sie dann lauter, „und deshalb sieht er. Ihr liebt ihn auch, ich will Euch die Papiere geben, denn er soll am Leben bleiben und ich will nicht auch noch schuld sein, daß Ihr auf schlechte Wege kommt. Kind. Wir sind schwache Menschen und niemand weiß, wann seine Stunde kommt. Ich will wieder beichten geben. Ich will Euch die Papiere geben; sagt auch nur — aber, wollt Ihr meinen Sohn heiraten?“

„Margret, wie denkt Ihr daran?“

„Wenn mein Sohn ein Kavallerist ist, so adlig wie Ihr, und noch reicher?“

„Ihr scherzt!“

„Seh' ich aus, als ob ich scherze? Einfältige Tiererei! Sagt ja! und gebt mir die Hand!“

Katharina reichte ihr in freudigster Angst und Spannung auf ihre weiteren Worte die Hand, ohne einen Laut hervorzubringen zu können.

„Ich will Euch die Beweise geben, aber laßt mich mit Fragen ungeschoren. Sagt nur, ich hätte Bernhard gerettet, daß ihm nicht auch der Hals umgedreht würde; ich habe ihn aufziehen lassen auf einem Dorfe bei Paris — es war eine kleine Meierei, die Frau ging in der Stadt Milch zu verkaufen und kam auch in unser Haus damit. Es war um diese Zeit, im Frühling, und eine dunkle, regnerische Nacht, als ich hinausging. Am Tore zündeten sie die Barren wieder an, die der Wind ausgelöscht hatte, und deshalb haben sie mich nicht. Das Kind wimmerte, ja, ja, ich weiß es noch, als ob es gestern geschehen wäre. Es war ein lauter Gang, aber ich hatte schon schlimmere Nächte durchgemacht!“ Sie schweig wieder.

(Fortsetzung folgt.)



# Neue Bahnen der Kulturpolitik!

Zu den Kultus-Debatten im Landtag.

Von Paul Kampffmeyer.

„Kultus-Debatten im Preussischen Landtag!“ Kultus-Debatten, wir wählen mit Absicht dieses an den alten Wilhelmischen Obrigkeitstaats erinnernde Wort, weil es uns an die noch vorhandenen großen Restbestände dieses Staates auf dem Gebiete des preussischen Bildungswesens ernst gemahnen soll. Vielen preussischen Schulverwaltungsämtern liegt eben noch mehr der Kultus als die Kultur am Herzen.

Erst die Novemberrevolution hat den preussischen Kultusminister in einen Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung gewandelt. Und daß diese Wandlung von dem an die Leitung des preussischen Bildungswesens berufenen Manne mit aufrichtigem, der großen Sache ganz ergebenem Herzen erstrebt wurde, bezeugt die programmatische, mit Befennermut geschriebene Schrift Konrad Haenisch: „Neue Bahnen der Kulturpolitik“ aus der Reformpraxis der deutschen Republik. (Verlag J. S. W. Diez Nachf. und Buchhandlung Vorwärts, Berlin, SW. 68.)

Wenn wir gerade die Beratung des Kultusetats für eine kurze Besprechung dieser Schrift wählen, dann leitet uns dabei der Gedanke an der Reformpraxis des ersten preussischen Kultusbildungsministers einen zielklaren, faternehenden Kulturwillen im Volke zu entzünden. Ohne diesen Willen bleibt die junge Demokratie eine ohnmächtige, jeder Schöpfermacht bare Institution, die niemals die historische Mission erfüllen kann, Deutschland aus den Trümmern der massenmörderischen Weltkriegskatastrophe emporzuheben. Konrad Haenisch stellt in seiner Schrift die Frage des deutschen Wiederaufbaus als eine Kulturfrage, den ganzen Menschen erfassenden Erziehungsfrage dar. Die Demokratie ohne die größtmögliche Volksbildung ist für ihn eine Pseudo-Demokratie. Den banausischen Sparphilistern, die den preussischen Landtag wieder mit ihrer kurzschichtigen Pfennigjucherei überfallen werden, sagt er derb ins Gesicht, daß die für das Erziehungswesen angelegten Summen die lohnendsten Kapitalanlagen sind. Eine nahe liegende Weisheit, die Englands leitende Staatsmänner längst begriffen haben! Sie hatten den Krieg für England erst dann für wirklich gewonnen, wenn sie Deutschland auf den wichtigsten Gebieten des Erziehungswesens und der wissenschaftlichen Forschung ins Hintertreffen geworfen haben.

Konrad Haenisch hat mit einem Hauptgrundsatz des alten preussischen Obrigkeitstaates völlig gebrochen: Mit der autoritären Beherrschung der Lehrerschaft. Er „vermenslicht“ die Beziehungen von „oben und unten“ und führt statt des Vorgesetztenverhältnisses nach Möglichkeit das Verhältnis gleichwertiger Mitarbeiter ein. Er sucht die trennenden Schranken zwischen Mittelschullehrer und Volksschullehrer niederzureißen, indem er die Ausbildung beider auf der Universität ins Auge faßt. Tatkräftig arbeitet er an einer „Entbureaucratisierung“ der Schulverwaltung. Er schuf Kreis- und Bezirkslehrerräte. In der Richtung dieser Maßnahmen liegt die Erweiterung der Rechte dieser Räte und die geschliche Festlegung ihrer Funktionen. Hier hat die junge Demokratie vor allem ihre Köpfe und Hände anzustrengen. Kämpfe von grundsätzlicher Bedeutung werden sich hier mit dem alten noch vom obrigkeitlichen

Geiste beherrschten Beamtentum entwickeln, dem nicht der Gedanke geläufig ist, das Volk und Staat eine Einheit bilden. Jedenfalls hat aber durch Haenisch eine Lehrer-Demokratie im preussischen Unterrichtswesen eine einflußreiche Stellung gewonnen, die nicht mehr zu erschüttern ist. Haenisch umgab das Unterrichtsministerium selbst mit einem pädagogischen Beirat sachverständiger Schulverwaltungsämter, durch den der Lehrerschaft die Möglichkeit gegeben ist, an der Vorbereitung der Gesetze selbst teilzunehmen. Die kräftigen Anläufe Konrad Haenischs zu einer demokratischen Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Unterrichtswesens trugen ihm den vollen Beifall der Volksschullehrerschaft ein. Gerade dieser Unterrichtsminister, der sich nicht mit der korrekten Bearbeitung der Akten begnügte, sondern allerpersönlichste Fühlung mit den beruflichen Organisationen, mit Pädagogen und Schülern nahm, der entsprach dem Ideal einer freiheitlich gesinnten Lehrerschaft. Es ist bezeichnend, daß die „Preussische Lehrerzeitung“ vom 7. Februar 1922 über das Buch von Konrad Haenisch schrieb: „Wer demaleinst die Geschichte der geistigen Erneuerung Preußens und Deutschlands schreiben will, der wird es (das Buch) zur Hand nehmen müssen, vor allem derjenige, der die Geschichte des preussischen Schulwesens kennen lernen will. Unerläßlich erscheint die Kenntnis des Buches für jeden Lehrer, der sich selbst Rechenschaft geben will über das Woher und Wohin seiner Lebensarbeit, der sie in Beziehung setzen will zu den geistigen Ideen seiner Zeit. In jedem Lehrerverein sollte man es zum Gegenstand der Diskussion machen, es führt hinein in den Kampf um die Schule, in einen Kampf, in dem es sich nicht bloß um Abwehr von Angriffen und Befreiung von reaktionären Mächten, sondern um Neubildungen, um den Ausbau der Schule nach neuen, aus der Kulturbewegung der Gegenwart klar und deutlich sich empörringenden Ideen handelt.“

Für die Lehrerschaft ist also Konrad Haenisch zum Bannerträger einer neuen Schul- und Kulturpolitik geworden. Er hat sie von der geistlichen Schulaufsicht befreit, ihre gesellschaftliche Stellung gewaltig gehoben, ihr das Ziel der neuen Arbeits- und Gemeinschaftsschule gezeigt und sie zur tätigen Mitarbeit an den Grundlagen einer demokratischen Schulverwaltung aufgerufen. Wir erkennen nicht die starken Ansätze Haenischs zu einer republikanischen Personalpolitik, zu einer Reform der Schulbücher, zu einer Modernisierung des medizinischen und juristischen Studiums, zu einer demokratischen Umgestaltung der Universitätsverwaltung, zu einer Neuordnung des Volkshochschulwesens, zu einer systematischen Pflege einer volkstümlichen Kunst im Volksstaate. Aber die Bedeutung aller dieser Schritte zu neuen Zielen verblaßt doch sehr gegenüber der Tatsache, daß Haenisch einen wohlorganisierten „Berufsstand“, durch dessen erzieherische Arbeit vier Fünftel der Kinder unseres Volkes gehen, für die Kulturbewegung der Gegenwart mobil gemacht hat. Selbst der reaktionäre Kultusminister wird gegenüber einer von kulturellem Geiste erfüllten organisierten Massenbewegung der Lehrer ohnmächtig sein. Und die Mobilisierung dieser Massen organisierter Lehrer für eine wirkliche Kulturpolitik wird sich als eine der fruchtbarsten, folgerichtigsten Tatsachen unserer modernen Gesellschaft erweisen. Wir Sozialdemokraten müssen nun endlich die Ideen der Kulturpolitik Haenischs durch ein fleißiges Studium seines Buches: „Neue Bahnen der Kulturpolitik“ zu erfassen und sie in schöpferische Taten umzusetzen suchen.

daß bei ihrer Eingliederung in das Gebiet gegen den Willen ihrer Bevölkerung geklärt oder zerrissen werden. — 5. Das Großhamburger Gebiet muß zur wirtschaftlichen und konzentrierten Förderung des größten deutschen Hafens ein selbständiges Land des Deutschen Reiches bilden oder ist eine mit weitgehender Selbständigkeit ausgestattete Reichsprovinz umgewandelt werden. Die Verammlung beauftragt die vereinigten Parteivorstände des Großhamburger Gebietes, diese Forderung an alle in Frage kommenden Regierungen und Parlamente zu übersenden.

**Hamburg.** Zur Einschränkung der Frachtautsperrre. Von der Eisenbahndirektion Altona wird mitgeteilt: Die angeordnete Annahmesperre für Frachtautwagenladungen nach allen Bahnhöfen in Hamburg, Altona und Harburg sowie nach Wilhelmsburg ist in den Berandbezirken Halle und Dresden aufgehoben.

**Schönberg.** Bahnbau. Am Donnerstag fand in Schönberg eine Besprechung über den Verkehr Mecklenburg-Lübeck. An dieser Besprechung nahmen außer Vertretern aus Mecklenburg auch Herr Baurat Mühlbrandt von der Lübeck-Büchener und Herr Dr. Große für den Senat Lübecks teil. Den Bahnbau Schönberg-Regna, der vor dem Kriege 1200 000 Mk. kosten sollte, hielt der Vertreter der Eisenbahn-Direktion Schöner für unausführbar, da die Kosten jetzt 48 Millionen betragen würden. Demgegenüber wurde betont, daß man nicht die Strecke Regna-Schönberg, sondern die Strecke Schwerin-Lübeck ins Auge fassen müsse, dann würde sich die erste Strecke rentieren. Die Kosten würden auch nicht so hoch werden. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die den Plan weiter beraten soll.

**Kiel.** Bei der Urabstimmung auf den Werften wurde das Angebot der Arbeiter mit 1538 Stimmen gegen 522 abgelehnt. — In Flensburg stimmten 1675 gegen und 48 für Annahme. — In Stettin wurden insgesamt von den freien Gewerkschaften 382 für und 6573 gegen das Angebot und von den Kirchen 112 für und 1070 gegen abgegeben.

**Bremen.** Stapellauf. Auf der Werft des Bremer Vulkan in Vegesack ist Sonnabend der für die Hamburg-Amerika-Linie erbaute Passagier- und Frachtdampfer „Baden“ vom Stapel gelaufen. Bei etwa 9000 Bruttoregistertonnen beträgt die Tragfähigkeit des Dampfers etwa 11 000 Tonnen. Es sind Passagiereinrichtungen für 10 Passagiere I., 520 Passagiere II. und 300 Passagiere III. Klasse getroffen.

## Gewerkschaften.

**Ein Vorstoß der Unternehmer gegen die Parität.** In den letzten Wochen mehren sich die Bestrebungen der bestehenden amtlichen Berufsvertretungen (Handelskammern, Landwirtschaftskammern, Handwerkskammern), ihre bisher in der Gestalt privater Vereine bestehenden Zusammenschlüsse, den Industrie- und Handelsrat, den Landwirtschaftsrat und den Handwerks- und Gewerbestammerrat, als juristische Personen des öffentlichen Rechtes neu auszugestalten. Als Aufgaben dieser Gebilde wird die Erstattung von Gutachten auf wirtschaftlichem Gebiet an die Regierung des Reiches und der Länder bezeichnet. Gegen diese Bestrebungen und ihre gesetzliche Anerkennung im gegenwärtigen Zeitpunkt muß auf das entschiedenste Verwahrung eingelegt werden. Artikel 165 Abs. 1 der Reichsverfassung sichert den Arbeitnehmern zu, daß sie gleichberechtigt und in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Entwicklung der gesamten wirtschaftlichen Kräfte der Nation mitzuarbeiten berufen sind. Dieses Ziel soll durch den vorläufigen Reichswirtschaftsrat erreicht werden, dessen paritätische Zusammensetzung die Erfüllung der obengenannten Voraussetzungen gewährleistet. Werden nun zentrale Unternehmerorganisationen mit gleichen Befugnissen wie der Reichswirtschaftsrat öffentlich rechtlich anerkannt, so wird das Recht der Arbeitnehmer im Reichswirtschaftsrat geschwächt und außerdem der im Reichswirtschaftsrat erstrebte Ausgleich der Interessen der verschiedenen Produktionszweige und der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zunichte gemacht. Die Frage, ob die bisher privaten Vereinigungen der Unternehmerkammern in Zukunft öffentlich rechtlich anzuerkennen sind, kann nur im Zusammenhang mit der Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrats entschieden werden und legt eine Lösung des Problems der organischen Verbindung dieser Vereinigungen mit dem endgültigen Reichswirtschaftsrat voraus. Es besteht aufs größte gegen Vorlaut und Sinn der Reichsverfassung, wenn im gegenwärtigen Zeitpunkt wirtschaftspolitische Beratungskörperschaften der Unternehmerseite eine gesetzliche Anerkennung finden, ohne daß gleichzeitig für die Schaffung entsprechender Arbeitnehmerkörperschaften und für ihre paritätische Zusammenarbeit mit der Unternehmerseite gesetzliche Vorkehrungen getroffen sind.

**Die Differenzen im Eisenbahnerverband.** Die Funktionäre der Berliner Ortsverwaltung des freigewerkschaftlichen Eisenbahnerverbandes beschäftigte sich Sonnabend abend in einer Sitzung mit der durch den Hauptvorstand verfügten Entlassung und Verjagung einiger radikaler Mitglieder, die über den Kopf der Leitung des Verbandes hinweg anlässlich des letzten Eisenbahnerstreiks zum Streik aufgefordert haben. Trotzdem von radikaler Seite verurteilt wurde, die Maßnahmen des Hauptvorstandes für ihre Zwecke auszunutzen und die Berliner Ortsgruppe zu sprengen, konnte schließlich doch die gemäßigtere Richtung die Oberhand gewinnen. Die Versammlung erklärte sich hierauf auch mit den Maßnahmen des Hauptvorstandes einverstanden, doch konnte man sich über die neu zu wählenden Funktionäre noch nicht einigen. Hierüber soll eine demnächst stattfindende Generalversammlung beschließen.

## Ein Neger über das Rauchen.

Der Neger Lutanga Mutara ist von dem Äthiopierkönig Kuoma von Kitara, auf eine Forschungsreise nach Deutschland gelangt worden. Sämtliche Briefe, die dieser kluge Schwarze seinem Hauptling schrieb wurden von Hans Baasche gesammelt. Sie sind im „Verlage Junge Menschen“, Hamburg 36 Johannisallee 54, zum Preise von 8 Mark herausgegeben worden. Wir können von ihnen, die sich durch eine erstaunliche Ursprünglichkeit und Klugheit auszeichnen, viel lernen. Lassen wir hören, was der Neger über das Tabakrauchen des weißen Mannes zu sagen weiß:

Die Wasungu (das sind wir Europäer) rollen die trockenen Stinkblätter (Tabak) zusammen und tragen von diesen Rollen stets einen Vorrat in ihren Kleidern mit sich. Sie tragen aber auch kleine Holzstücke zum Feuerzünden in einer Tasche des Kleidergebüdes. Der Sungu, der rauchstinker will, nimmt eine Rauchrolle aus der Tasche, beißt mit dem Schneidezahn die Spitze der Rolle ab und pukt sie aus. Mancher verkräft die Kraft der Zähne, indem er sich beim Abbeißen der Spitze mit der Hand auf den Kopf haut. Dann bläst er Luft durch die Rauchrolle und steckt sie mit einer Seite in den Mund. Er hält sie mit den Lippen fest. Dann reißt er Feuer und steckt die Rolle an dem Ende, das aus dem Munde herausragt, in Brand, wobei er Luft durch die Rolle hindurchsaugt. Diese Luft vermengt sich nur mit dem Rauch, und der Rauch dringt in den Rachen des Sungu. Dann bläst er ihn aus, wobei er entweder neben der Rolle die Lippen ein wenig öffnet oder die Rauchrolle, während der Rauch entströmt, in die Hand nimmt. Manche aber saugen den Rauch in die Lunge ein und blasen ihn aus den Nasenlöchern aus. Wahrscheinlich lacht ihr und wolt nicht glauben, was ich schreibe, denn es ist ungläublich, daß ein Mensch aus seinem Munde Rauch bläst. Ich habe mich aber an diesen Anblick schon so gewöhnt, daß ich nicht mehr darüber lache.

Die Rauchrollen glühen nur; sie brennen nicht. Die Asche aber wird in kleine Gefäße getan, die in den Häusern überall aufgestellt sind, wo Rauchstinker wohnen.

Nicht alle Wasungu trinken Rauch. Man unterscheidet Stinker und Nichtstinker; und unter den Stinkern wieder starke Stinker und solche, die nur manchmal Rauch machen. Die Unterscheidung ist sehr wichtig, weil sie den Wasungu Gelegenheit gibt, darüber zu sprechen, ein Gespräch mit einem Unbekannten zu beginnen und zu erzählen, wie viele Rauchrollen jeder einzelne täglich verbrennt. Sie sprechen dann auch von der Größe und Farbe der Rauchrollen, wo die Blätter gewachsen sind und wieviel Geld die Rollen kosten. Oft höre ich ein solches Gespräch. Einer fragt:

„Wißt du eine Rauchrolle?“ Der andere sagt: „Nein, ich mache nicht Rauch.“ Dann sagt der erste seinen Namen und wippt rabel mit dem Oberkörper nach vorn. Dann erklärt der Rauchstinker, es sei eine Gewohnheit, die er nicht lassen könne; alles andere könne er entsöhnen, nur Rauch müsse er trinken, er stinke schon seit soundsoviel Jahren; jetzt habe es ihm der Medizinmann verboten, er mache es deshalb heimlich, er habe ein krankes Herz und versteinerte Blutadern und oft Schwindel im Kopf; es gäbe Rauchrollen, die weniger schädlich sein sollten, aber die schmecken nicht so gut, und sein Vater und dessen Brüder, alle hätten auch immer ihren Rauch gestunken, ein Vetter von ihm sei aber Nichtstinker und in der letzten Woche seien die Rauchrollen wieder teurer geworden.

„Nun der andere auch Stinker, so ziehen beide ihre Rauchrollen hervor und tauschen je eine aus. Dann schreiben sie auf, wo der andere die Rauchrollen gekauft hat. Meist sind diese Gespräche in den Wagen, in denen die Wasungu fahren, um dorthin zu kommen, wo sie zusammen mit anderen Halbwüchsigen Karrheiten verrichten (d. h. in der Eisenbahn). Diese Wagen werden übrigens eingeteilt in solche für Rauchstinker und andere für Nichtstinker. Es steht groß angeschrieben.

Nur wenige Frauen trinken Rauch. Es ist Sitte, wenn eine Frau dabei ist, zu fragen, ob sie es erlaubt, daß gestunken werde, und ihr erst dann Rauch ins Gesicht zu blasen.

Sobald die Luft schlecht genug ist, wird darüber gesprochen, ob eine Tür aufgemacht werden soll. Eine sagen ja und andere nein. So entsteht überall Gespräch.

Auch die Fragen beschäftigen den Sungu sehr: In welchem Alter die Kinder anfangen dürfen, an Rauchrollen zu lutschen, ob Frauen ein Recht haben, an Rauchrollen zu ziehen und in welchem Alter die erwachsenen Männer aufhören müssen, Rauch zu trinken, weil es für sie lebensgefährlich wird. Die Wasungu sagen, daß die heutige Jugend früher anfangen, Rauch zu trinken, als sie selbst angefangen hätten, und daß es deshalb nötig sei, die Kinder mehr zu hauen. Frauen haben früher nicht Rauch gestunken; jetzt aber ist es üblich geworden, daß je perhachte Stinkblätter, die in Briespapier eingewickelt sind, rauchstinken.

Die Folgen des Rauchstinkens sollen mannigfaltig sein. Die Stinker sterben früher als die Nichtstinker. Viele bekommen Gebärmere in dem Wagen, die Lungen verkaufen frühzeitig, die Blutadern werden steinig, der Kopf schmerzt und die Kinder der Rauchstinker sind kranklich.

Die Unsitte des Rauchstinkens ist wieder ein Teil dessen, was die Wasungu in ihrer Sprache „gesunde Volkswirtschaft“ nennen. Es ist unverständlich, nicht wahr, daß eine ungesunde Ge-

Kupfermann sind 800 Arbeiter in den Streik getreten. Der Streik wird sich noch auf weitere Firmen ausdehnen.

**Der Kampf in Dänemark.** Im Zusammenhang mit dem dänischen Arbeiterkonflikt ist es in Odenje zu heftigen Zusammenstößen ausgebrochen Arbeiter mit der Polizei gekommen. Es wurden viele Verhaftungen vorgenommen.

## Aus aller Welt.

**Bestechungsversuch bei den Deutschen Werken.** Das Schöffengericht Berlin verhandelte auf Antrag des Vereins gegen das Bestechungswesen, die Berliner, gegen den Kaufmann Erich Grunac. Die Deutschen Werke in Kassel hatten von dem Holzhändler Ludwig Schweizer in Berlin einen Waggon Holz für die

wohnheit als etwas Gesundes bezeichnet wird? Das kommt aber so, und in ihrer allgemeinen Narrheit merken sie es nicht: Weil viele Wasungu durch Rauchstinken ihr Leben verlängern wollen, müssen sehr viele Menschen, Männer, Frauen, Kinder in die Häuser fahren, wo Rauchrollen gewickelt werden und dort arbeiten. Sie bekommen dafür Geld und kaufen sich Brot dafür. Weil aber Ackerfeld zum Anbau der Stimpfpflanzen gebraucht wird, wird die Ackerfläche für Brotgetreide kleiner und das Brot teurer. Um satt werden zu können, müssen deshalb die Arbeiter länger Rauchrollen drehen, damit sie mehr Geld bekommen, um Brot zu kaufen. Würden nun eines Tages weniger Rauchrollen gebraucht, so sagen die Zahlenkarle (Statistiker, Volkswirtschaftler), würden die Stinkblätterarbeiter brotlos. Und auch die Menschen, die Rauchrollen zum Verkauf anbieten, wollen nicht, daß weniger gestunken werde. Auch die Karren, die die Gefäße für die Asche machen, wollen es nicht. Und weil von jeder Rauchrolle etwas für die Regierung bezahlt wird, will es die Regierung auch nicht, denn dann kann sie die Zahlenkarte nicht bezahlen und die Männer, die die Rauchrollen zählen, und die Obernarren, die über die Schädlichkeit des Rauchstinkens schreiben. Sie alle glauben also, dann brotlos zu werden. Auch gibt es Wundermänner, die den krank gewordenen Stinkern den Rat geben, weniger Rauch zu trinken, und die dafür Geld bekommen, für das sie sich Brot kaufen. Und auch andere, die eine Arznei machen gegen die Verhärtung der Adern und das teuer verkaufen. Sie alle glauben, kein Geld und kein Brot zu haben, wenn weniger Rauch gestunken würde. Deshalb also wird nicht nur nicht vor dem Rauchen gewarnt, sondern überall steht angeschrieben: Raucht Rauch! Niemand achtet darauf, daß ja das Brot billiger wäre, wenn die Menschen, die in den Häusern Rauchrollen machen, auf den Acker gingen, auf dem jetzt Stinkblätter gezogen werden, und dort Korn bauten. Ja, die Zahlenkarle fürchten, daß diese Menschen das, was sie essen wollen, selber bauen und daß dann keine Wagen hin und her zu fahren brauchen, und daß die Menschen, weil sie eine gesunde Arbeit haben, zu lange leben und deshalb mehr Brot verbrauchen würden. Deshalb also nennen sie das Rauchen von Rauchrollen eine blühende Tätigkeit und sprechen von einer gesunden, volkswirtschaftlichen Entwicklung. Es scheint aber, daß die, welche das Rauchstinken gewöhnt sind, eine Sucht danach haben und schwer davon lassen können. Sei deshalb froh, daß die Unsitte in Kitara unbekannt ist.

Gütiger Herr, hüte Kitara vor den Rauchstinkern.  
Dein Lutanga Mutara.

Herstellung von Möbeln gekauft. Das Holz erwies sich für diesen Zweck als nicht brauchbar und wurde zur Verfügung gestellt.

achtungen derart ergänzen, um mit nur annähernder Sicherheit die Eignung einer Person für einen Beruf zu ermitteln.

Statistik der Lebensmittelpreise in Lübeck.

nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes vom 24./25. Februar 1922.

Table with multiple columns showing prices for various food items like flour, butter, and oil, categorized by quantity and unit.

Allerlei Wissenswertes.

Berufsstatistik und Berufsberatung. Der „neue“ Brochhaus bringt eine übersichtliche Zusammenstellung der Berufsverteilung in Deutschland...

Table with 2 columns: Profession and number of persons. Includes categories like 'Erwerbstätige' and 'Berufslose Selbständige'.

Für die Betrachtung der Stärke der einzelnen Erwerbszweige unterscheidet die deutsche Berufsstatistik 216 Berufsarten...

Table showing percentages for different sectors: Land- und Forstwirtschaft, Bergbau und Industrie, Handel und Verkehr.

In weiteren Tabellen werden die Zahlen der Selbständigen denen der Angestellten und Arbeiter gegenübergestellt...

Jeder Tag will neu geprägt sein, — Jede Tat will klug gewägt sein, — Jede Frucht braucht Licht und Regen...

Neue Bücher.

Im Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart ist neben erschienen: Das Bekenntnis der Zukunft...

Grüße;

Wer ein Kind will erziehen, achte darauf, daß nicht Zwang einengt ihm seinen Lauf!

Jeder Tag will neu geprägt sein, — Jede Tat will klug gewägt sein, — Jede Frucht braucht Licht und Regen...

Quittung.

Für das Krüppelbett 102.— Mk., gesammelt bei einer Hochzeitfeier in der Hundestraße.

Bekanntmachung.

Während der Brottartenausgabe vom 28. Februar bis 10. März d. J. finden die An- und Ummeldungen für die Brotversorgung im katholischen Seelenhaus, Parade 8, statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Versammlung der Betriebsräte, Obleute u. Vertrauensleute des Holzarbeiter-Verbandes am Dienstag, 28. Febr. abends 7 Uhr...

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Versammlung der Banischlosser, Bauschnitzer, Elektriker, Gut- u. Wagenführer heute Freitag, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Das Erscheinen der Kollegen ist dringender notwendig. Die Ortsverwaltung.

Paul Levi: Unter Weg. Widerben Parfümerie & Kosm. Fabrikation St. Meyer & Co.

Zentralhallen.

Großes Tanzkränzchen. Haltbare Schuhreparaturen. Wie bekannt...

Gummi-Gehlen billig 50 Hürstr. 50

Schäfer Martin Salbe 1685 heilwähndes Volksheilmittel bei Verwundungen...

Uhren werden billig repariert. Kaufe alte Uhren auch nichtgehende.

Felle, Leder, Koffer, Taschen. Kaufe zu höchsten Tagespreisen.

Voranzeige.

Sünder Mandolin-Club von 1911. Mandolin-Konzert am Sonntag, den 12. März 1922, abends 7 1/2 Uhr...

Kursus in Mandolinen, Lauten und Gitarren. Beginn Ende März. Anmeldungen nimmt entgegen: H. Rathgens...

„Hoffnung“ Huxtertor-Allee 28 a. Dienstag, den 28. Februar: Großes Volklied-Konzert...

Sozialdemokr. Verein Lübeck. Mitglieder-Versammlung am Dienstag, den 28. Februar, abends 7 1/2 Uhr...

Warm zu empfehlen! Zucker's Patent-Medizin. Säfte gegen unreine Haut, Mitternachtsöl, Zahnöl...

Schirmreparatur. Ed. Teßmann 18605 Hundestr. 45.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Vorstellung im Stadttheater am Sonntag, dem 5. März nachmittags 2 Uhr Götz von Berlichingen.

Hansatheater. Heute Montag 18620 7 1/2 Uhr: Er und seine Schwester.

Stadttheater Lübeck Montag, 27. Febr. 7.30 6. Sinfonie-Konzert.

Stadttheater Lübeck Donnerstag, 2. März 7.30 Die Ballerina des Königs.

Am Sonnabend nachmittags verschied nach kurzer Krankheit unser lieber Vater, Schmieger, Groß- und Urgroßvater, der Schmied August Tölsner...

Ein Zeitungsverkäufer zu sofort gesucht. „Lübecker Volksbote“ Johannstraße 46.

Verband der Maler. Am 21. Febr. verstarb durch Unfall infolge Fall unser Mitglied, der Schlosser Paul Lemburg.

Geht ein kräftiges Schulmädchen für nachmittags. Kesten, 18624, Hakenstr. 17.

Ordnentl. Mädchen zum 1. März gesucht. Kesten, 18629, Hakenstr. 17.

Kindert. Chenar sucht a. jor. möbl. Zim. m. Kochgef. 18651 Ang. u. K. K. a. d. G.

Gut erhalt. Kinderwagen billig zu verkaufen. 18610 Hundestr. 30/2.

Zu verk. Jungl.-Anzug, Paletot u. Arbeitszeug. Gr. 165-170, fast neu. 18626 Hadenburg, Allee 61a, 2.

2 Hg. Bindfangstür m. Glas zu verk. 18613 Engelsgrube 29.

Rohr- u. Holzschäble. Str. 50 Mk. Anden u. andere Tisch. St. 50 Mk. 18624 Gr. Grövelgr. 18.

Zu verk. B. Gartenstuhl, Gr. 44, 51. Petroleuml. bei. Säuerstoffl. 18622 Stadtfreiheit 31.

Kettchenbohen kostentl. abzugeben. Warendorfer 4. 18637.

Dam.- u. J.-Fahrrad gel. 18622 Ang. u. D. H. a. d. G.

Sauberes Federbett u. Kinderwagen gesucht. 18621 Ang. u. K. K. a. d. G.

Wer taugt ab und zu Pfeife zu Tagespreisen. Ang. u. W. P. G. 18615.

Glas-scheiben aller Art. Ktt. Glasscheiben Bilderrahmen etc. 18635 Oscar Tauchnitz, Glasbl. Frickestr. 25 P. 18635.

Paul Levi: Unter Weg. Widerben Parfümerie & Kosm. Fabrikation St. Meyer & Co.

St. Meyer & Co. 92 Köhlgstr. 92.